

EUROPEAN UNIVERSITY INSTITUTE, FLORENCE
DEPARTMENT OF POLITICAL AND SOCIAL SCIENCES

EUI Working Paper **SPS** No. 2004/3

Das Gewicht kleiner Parteien
Der schwierige Transfer von Formations- in Koalitionsmacht

NICOLE BOLLEYER

BADIA FIESOLANA, SAN DOMENICO (FI)

All rights reserved.
No part of this paper may be reproduced in any form
without permission of the author(s).

© 2004 Nicole Bolleyer
Published in Italy in February 2004
European University Institute
Badia Fiesolana
I – 50016 San Domenico (FI)
Italy

*Das Gewicht kleiner Parteien
Der schwierige Transfer von Formations- in Koalitionsmacht**

NICOLE BOLLEYER,
European University Institute, San Domenico (FI), Italy

Abstract

Von den sechziger bis zu den achtziger Jahren war es eine weitverbreitete Ansicht, dass die FDP in der deutschen Politik übermäßigen Einfluss ausübe. Nach der Bundestagswahl im September 2002 wurden nun die Grünen, die während der Legislaturperiode äußerst schwach eingeschätzt worden waren, als ‚Kanzlermacher‘ tituliert. Die Gewichtsproblematik wurde also - wenn auch in anderer Konstellation - erneut ins Spiel gebracht.

Nun kommt kleinen Parteien nicht nur im deutschen Kontext eine beträchtliche Bedeutung zu, denn in den meisten parlamentarischen Demokratien sind kleine Parteien häufig an Regierungen beteiligt oder fungieren als ‚legislative Mehrheitsbeschaffer‘. Die Frage nach ihrer Einflussreichweite stellt sich also ganz generell. Es ist demzufolge überraschend, dass es bisher keinen Versuch gibt, das Gewicht kleiner Parteien konzeptuell zu erfassen, um die Grundlage für eine empirische Prüfung zu schaffen.

Ein solcher Versuch wird hier unternommen. Es wird argumentiert, dass das Gewicht kleiner Parteien je nach Kontext – parlamentarisches Verhandlungssystem oder Koalition – variiert. ‚Formationsmacht‘ und ‚Koalitionsmacht‘ kleiner Akteure müssen getrennt spezifiziert werden, da Eigenschaften, die im Verhandlungsstadium vor der Koalitionzbildung vorteilhaft sind, sich koalitionsintern nachteilig auswirken können. Pivotalität und Zentralität werden diesbezüglich als Gewichts-relevante Kriterien herausgearbeitet. Sie konstituieren eine Typologie, die es erlaubt, systematisch Hypothesen zum Gewicht kleiner Parteien in unterschiedlichen Konfigurationen abzuleiten, und die somit die Möglichkeit eröffnet, den Einfluss kleiner Parteien in verschiedenen Parteiensystemen und Koalitionskonstellationen zu vergleichen.

* Ich danke herzlich Peter Graf Kielmansegg, Andre Kaiser, Diana Panke, Matthias Lehnert sowie den beiden Gutachtern für Anregungen und Kritik.

I. Einleitung und Fragestellung

Die Systematisierung von Parteiensystemen beschäftigt die Sozialwissenschaften seit jeher. Neben induktive, empirisch-orientierte Konzepte sind deduktive, formale Modelle getreten, die sich jeweils implizit oder explizit mit dem Einflusspotenzial einzelner Parteien beschäftigen. Obwohl es sich bei Größe in vielen Ansätzen um eine relevante Determinante handelt, existiert bisher kein Versuch, das Gewicht speziell kleiner Akteure systematisch zu erschließen.¹

Angesichts seiner öffentlichen Relevanz ist diese Vernachlässigung des Themas überraschend. So wurde in der BRD die kleine FDP Partei lange Zeit als äußerst stark wahrgenommen: In den letzten Jahrzehnten fand sich in der Presse mit Blick auf die FDP immer wieder die Bezeichnung des ‚Züngleins an der Waage‘. Ein Ausdruck, der einen überproportionalen Einfluss dieses kleinen Akteurs im politischen Prozess impliziert. Trotz ihrer Größe - mit der normalerweise eine gegenüber größeren Parteien schwächere Position verbunden ist - war die FDP ausschlaggebend für die Umsetzung zentraler politischer Entscheidungen oder noch grundlegender für die Bildung einer Mehrheitsregierung. So wurde sie innerhalb von Koalitionen als relativ stark wahrgenommen, vor allem stärker als die Grünen während der letzten rot-grünen Regierung. Nach dem 22. September 2002 hatte sich die Sichtweise bezüglich der Grünen allerdings gewandelt. Die Grünen haben von 47 auf 55 Sitze zugelegt und sind aufgrund des schlechten Abschneidens der FDP (47 Sitze) für die SPD (251 Sitze) die einzig realistische Möglichkeit, eine Mehrheit zu bilden. Nachdem die Grünen bisher koalitionsintern als schwach eingestuft worden sind, wurde nun nach der Wahl vom ‚Kanzlermacher‘ gesprochen wie seinerzeit vom ‚Zünglein auf der Waage‘ hinsichtlich der FDP.²

Welche wissenschaftlich bearbeitbare Frage steckt nun hinter den beschriebenen Wahrnehmungen? Offensichtlich sind die benannten Schlagwörter nicht eigentlich positiv konnotiert. Vielmehr vermitteln sie den Eindruck, einem Akteur komme aufgrund seiner strategischen Position Einfluss zu, der ihm gemessen an seiner Größe nicht zustehe. Hieraus ergibt sich die Annahme eines ‚Übergewichts‘. Auf welcher Grundlage kann so argumentiert werden? Die Antwort ist an der Oberfläche recht simpel. Eine kleine Partei soll relativ gesehen weniger Einfluss haben als eine große Partei, weil die Größe das Ausmaß der Unterstützung einer Partei durch die Wählerschaft widerspiegelt.³ Diesem Argument zufolge sanktionieren die Wähler im Wahlakt nicht nur ex-post, sondern legitimieren einzelne Parteien auch ex ante zur Ausübung politischer Macht: Je mehr Stimmen eine Partei erlangt,

¹ Sartori hat in seiner Studie zu Parteien und Parteiensystemen deutlich gemacht, dass geringe Größe nicht mit Machtlosigkeit gleichgesetzt werden darf. Sofern eine Partei über Koalitionspotential oder über Blackmail-Potential verfügt, handelt es sich um einen relevanten Akteur, der berücksichtigt werden muss (1976). Auch wenn seine Argumentationsweise die Stossrichtung des vorliegenden Papiers unterstützt, beantwortet sie nicht seine zugrundeliegende Frage, denn Sartoris Zählregel unterscheidet zwar zwischen Relevanz und Irrelevanz von Akteuren innerhalb eines Parteiensystems, gibt aber keine Hinweise auf die relative Stärke bzw. Schwäche der als relevant eingestuften Akteure im Vergleich.

²Ein anderes Land, indem die Rolle kleiner Parteien problematisiert wurde, ist Israel. Innerhalb dieses sehr stark fragmentierten, bipolaren Parteiensystems befanden sich in den 1980ern etwa 15 Parteien im Parlament, wobei in den drei Wahlen der 1980er neben den beiden großen Parteien (Likud und die Arbeiterpartei) keine andere Partei über mehr als 5 % der Sitze verfügte. Die großen Parteien mussten somit jeweils sowohl religiöse Parteien im Zentrum als auch an den extremen Enden des ideologischen Spektrums einschließen, um eine Mehrheit bilden zu können. Die kleinen Issue-Parteien versuchten, die großen Akteure gegeneinander auszuspielen und drohten kontinuierlich mit dem Austritt aus der Regierung, sobald ihre Forderungen nicht erfüllt werden sollten und schwächten somit Handlungsfähigkeit und Stabilität der Regierungen maßgeblich (Hazan 1996: 22-23).

³Die zusätzliche Problematik, die aus der unterschiedlich proportionalen Übersetzung von Stimmen in Sitze durch starke oder schwache Wahlsysteme resultiert, wird hier ausgeklammert. Das Problem der disproportionalen Stimmverrechnung – also einer Schaffung von Übergewicht durch die mechanischen Effekte des Wahlsystems – zugunsten kleiner Parteien stellt sich in den allermeisten Wahlsystemen ohnehin nicht, da auch in PR-Systemen kleine Parteien in der Regel benachteiligt sind (Lijphart 1994: 70).

desto stärker ihre Legitimitätsbasis. Im Umkehrschluss können Parteien ihr Streben, Politik zu gestalten, umso besser rechtfertigen, je mehr Wähler sie vertreten. Der empirische Befund, dass in vielen Mehrparteiensystemen die Regierungskonstellation nicht durch die Wahl selbst festgelegt wird, sondern sich erst aus den geführten Koalitionsverhandlungen herauskristallisiert, läuft dem vorigen Argument zuwider. Der Widerspruch verschärft sich, wenn man bedenkt, dass in den allermeisten parlamentarischen Systemen die Regierung und nicht das Parlament die prägende Kraft im politischen Prozess darstellt. Die Empirie illustriert, dass der Wahlakt die faktische Machtverteilung in der politischen Arena nicht determiniert. Nichtsdestoweniger existiert der implizite Anspruch, dass sich die Macht einer Partei an deren relativer Sitzstärke orientieren sollte.⁴ Es ist demnach, normativ betrachtet, problematisch, wenn eine kleine Partei als ‚Macher‘ von Entscheidungen fungiert: Seien es Entscheidungen zur Regierungs- oder legislativen Mehrheitsbildung - der Akteur übt Macht aus, die ihm nach Legitimitäts Gesichtspunkten durch den Wahlakt nicht zugebilligt wurde. Die Relevanz des Problems lässt sich aus der fundamentalen demokratischen Idee ableiten, die legitime Machtausübung durch den Wahlmechanismus an den Wähler bindet. Die benannte Einzelproblematik trifft somit notwendig die zentrale Frage nach der durch den Wähler gesteuerten legitimen Machtverteilung, oder genauer, nach der Zuweisung von Machtanteilen. Wer diese Idee als naiv oder irrelevant abtut, verkennt, dass politische Systeme immer auf normativen Gestaltungsüberzeugungen beruhen. Stets beanspruchen die Systeme deren Realisierung, die - im Gegensatz zur Systemunterstützung, die aus reiner Interessegeleitetheit resultiert und durch die Leistungen des politischen Systems gewonnen wird - stabile, Output-resistente Gehorsamsbereitschaft bei den Bürgern erzeugen soll.

Die bisherigen Überlegungen zeigen deutlich die Relevanz, aber auch die Schwierigkeiten, die sich bei der wissenschaftlichen Bearbeitung der These vom *Übergewicht* stellen. Der theoretisch hergeleitete, normative Standard ist an sich bereits problembehaftet. Die eigentliche Schwierigkeit zeigt sich jedoch bei der Frage, anhand welcher Indikatoren das Gewicht oder gar ein ‚Zuviel‘ an Gewicht empirisch identifiziert werden sollte. Der Verweis auf den Ministerienanteil eines Akteurs ist zweifelsohne unzureichend.

Es gilt nun im Folgenden weder sich mit dem Sinn der einschlägigen legitimatorischen Standards zu beschäftigen, noch kann hier eine Operationalisierung von *Übergewicht* geleistet werden. Es wird schlicht das Phänomen ‚Gewicht kleiner Parteien‘ konzeptuell zu fassen versucht, ein erster Schritt getan. Das Ziel ist somit, systematisch Hypothesen zum Gewicht kleiner Parteien in verschiedenartigen parlamentarischen Verhandlungssystemen und Koalitionen zu generieren. Es werden Faktoren benannt, von denen auf Basis einer logischen Herleitung erwartet wird, dass sie zu einem vergleichsweise hohen oder niedrigen Einflusspotenzial kleiner Parteien führen. Die *Übergewichtsproblematik* kann natürlich schlichtweg mit dem Argument abgelehnt werden, der Standard mit dem sie diagnostiziert wurde sei verfehlt. Hier bleibt aber fraglich, ob normative Standards in letzter Konsequenz nicht immer Setzungen sind und sein müssen, die zwar mit guten Gründen abgelehnt, aber nicht im eigentlichen Sinne widerlegt werden können. Doch ungeachtet dieser Problematik zeigen die beschriebenen Debatten, dass offensichtlich das Einflusspotenzial kleiner Parteien von Interesse ist und darüberhinaus eine zufriedenstellende systematische Bearbeitung des Themas ‚Gewicht kleiner Parteien‘ fehlt.

Die anschließend präsentierte Typologie verfolgt dementsprechend zwei Ziele: Sie soll einerseits einen systematischen Zugang zum Vergleich des Einflusses kleiner Parteien innerhalb desselben Parteiensystems ermöglichen bzw. Machtzugewinne oder – verluste

⁴Dieser Anspruch kann vernünftigerweise nur während den Regierungsverhandlungen auf das parlamentarische Parteiensystem bezogen werden, anschließend wechselt das Bezugsobjekt auf die jeweils formierten Koalitionen, weil er andernfalls zu der generellen Forderung nach Allparteien-Koalitionen führen würde.

einer kleinen Partei von einer Legislaturperiode zur anderen erklären helfen. Andererseits besteht der Anspruch, ein Schema zu formulieren, das es erlaubt, Hypothesen zum Gewicht kleiner Parteien abzuleiten, die als konzeptueller Ansatzpunkt für die empirisch-vergleichende Analyse des Einflusses kleiner Parteien in unterschiedlichen Parteiensystemen dienen können.

II. Die Definition von Gewicht

Bevor das Gewicht kleiner Parteien konzeptuell erschlossen werden kann, will das Phänomen selbst etwas genauer bestimmt sein. Gewicht wird als das übergreifende Einflusskontingent einzelner Akteure definiert. Es schließt einerseits *Macht* im engen Sinne ein, die Kapazität eigene Präferenzen auch gegen Widerstand durchsetzen zu können, andererseits *Einflussnahme*, die argumentativ erfolgen kann, also keiner Position der Stärke bedarf. Um diese beiden Dimensionen⁵ in das Gewichtskonzept einbinden zu können, greifen wir zu dessen Bestimmung auf Wrongs sehr umfassendes Machtverständnis zurück, definiert als:

"(...) the capacity of some persons to produce intended and foreseen effects on others" (Wrong 1988: 2).

Gewicht wird demnach als eine akteursspezifische Kapazität verstanden, die eine Partei über gewisse Zeiträume hinweg zu Handlungen befähigt. Es wird also nicht durch situative Kontexte ad hoc einzelnen Akteuren punktuell zugewiesen und wieder entzogen.

Die gewählte Gewichtsdefinition eignet sich deshalb, weil sie bezüglich der Fähigkeit, beabsichtigte und vorhersehbare Effekte auf andere auszuüben, offen lässt, welche Art von Effekten gemeint ist sowie in welcher Position sich das Gegenüber hierbei befindet. Sollte gelten, dass kleine Parteien in der Regel primär über argumentativen Einfluss verfügen, nicht aber über Macht, wäre ihr Gewicht folgerichtig gering. Der Interessenschwerpunkt der Arbeit liegt deshalb speziell auf dem Machtaspekt, nicht so sehr denjenigen Einfluss, der zwar zum Gesamtgewicht beiträgt, aber auch aus einer Defensivposition ausgeübt werden kann.

Abschließend ist zu betonen, dass das vorgestellte Konstrukt nicht mit dem Zugriff auf Ressourcen, also der Ämterverteilung, gleichgesetzt werden darf. Da Gewicht als akteursspezifische Kapazität begriffen wird, schließt es neben den Ressourcen auch das Potenzial ihrer Nutzung mit ein, über das bestimmte Akteure – in diesem Fall kleine Parteien - verfügen. Dieser Aspekt ist gerade bei der Entwicklung der folgenden Typologie zentral.

III. Das Gewicht kleiner Parteien - ein konzeptueller Versuch

In der Literatur zu politischen Parteien finden sich Hinweise darauf, dass kleine Parteien relativ zu ihrer Sitzstärke überproportional Einfluss bei Regierungsverhandlungen gewinnen können (u.a. Keman 1994; Riker 1962; Laver/ Schofield 1986).⁶ Die Frage, die bisher

⁵ Die Frage, ob Einflussnahme ausschließlich über interessebasiertes Verhandeln erfolgt oder auch über argumentatives Handeln erfolgen kann, hat vor allem in den Debatten um die Rolle internationaler Entrepreneurinnen wie der Europäischen Kommission für Kontroversen gesorgt. Zu einer Übersicht der Literatur und einer theoretisch anspruchsvollen Zusammenführung beider Modi der Interaktion siehe Panke 2002.

⁶ Einen wichtigen Beitrag zum Thema Vergleich kleiner Parteien liefert Smith (1997). Innerhalb eines Bandes zum Thema ‚Kleine Parteien in Westeuropa‘ (Müller-Rommel/ Pridham 1997) unterscheidet er drei Arten kleiner Parteien: Marginale Parteien, die deshalb wenig relevant sind, weil sie an den extremen äußeren Enden des Links-Rechts-Spektrums angesiedelt sind und somit wenig Koalitionspotenzial besitzen. Parteien, die im Zentrum liegen, und die Freiheit besitzen nach beiden Seiten Koalitionen einzugehen. Bei der dritten Gruppe handelt es sich um Issue-Parteien, die nicht sinnvoll auf dem Links-Rechts-Kontinuum anzuordnen sind. Systematische Aussagen über ihr Koalitionspotential sind nicht möglich, weil unmittelbar issue-abhängig (Smith 1997: 36-37). Ein Problem dieser Ausdifferenzierung besteht zweifelsohne darin, dass Smith bei den ersten zwei Arten die ideologische Verortung einer Partei im Parteiensystem als konstitutives Kriterium verwendet und daraus Ableitungen trifft, Issue-Parteien nach diesem Kriterium aber nicht fassbar sind. Es handelt sich somit um

interessanterweise nicht gestellt wurde, lautet, ob dies auch für innerkoalitionäre Prozesse gilt. Die Unterschiede zwischen den beiden Interaktionsarenen und die Notwendigkeit ihrer Differenzierung stehen im Zentrum dieses Kapitels. Durch diese Unterscheidung selbst sowie durch die Tatsache, dass die Koalition - nicht nur das parlamentarische Parteiensystem - als *Interaktionsarena* begriffen wird, grenzt sich der folgende konzeptuelle Versuch von bisherigen koalitionstheoretischen Ansätzen ab. Letztere wählen vorzugsweise das parlamentarische Verhandlungssystem als Bezugsobjekt ihrer Analyse. Fokussieren sie stattdessen die Koalition, bleiben sie in der Regel bei der statischen Verteilung der Machtressourcen - der Ministerien - stehen. Die Bedingungen der innerkoalitionären Nutzung dieser Ressourcen bleibt ausgeblendet.⁷ Anhand der im Folgenden definierten Kriterien Zentralität und Pivotalität werden im Rahmen dieses Kapitels länderübergreifende Hypothesen dazu formuliert, wie sich die Kriterien auf die Stellung der jeweiligen Akteure im parlamentarischen Parteiensystem und in der Koalition auswirken.

Um nun auch Systeme, die dem Minderheitsparlamentarismus zugeordnet sind, vergleichend erfassen zu können, beziehen sich die im Folgenden gebildeten Kategorien auf Exekutivkoalitionen oder aber auf Gesetzgebungscoalitionen. Nur in Mehrheitsdemokratien genügt zur Spezifizierung von Akteursmacht die Analyse von Regierungskoalitionen, da diese idealtypisch die Bildung von gleichen Gesetzgebungsmehrheiten quasi-automatisch nach sich ziehen. Dagegen ist im Minderheitsparlamentarismus die Bildung von Gesetzgebungsmehrheiten zentral. Diese können in ihrer Zusammensetzung variieren, da ad hoc zusätzlich zur Regierungsfraktion bzw. den Regierungsfractionen weitere Parteien eingeschlossen werden müssen (Bolloyer 2001).⁸ Die Ausübung von Koalitionsmacht bedarf folglich nicht notwendig der formalen Regierungsteilnahme, sondern bezieht sich auf die systemintern für die legislative Entscheidungsfindung relevanten Koalitionen.

III.1 Zwei Arenen der Einflussnahme: Die Abgrenzung zwischen Formations- und Koalitionsmacht

Für kleine Parteien sind nicht nur die Regierungsteilnahme, die Verteilung der Ministerien und das Aushandeln von Koalitionsverträgen relevant, die aus der Nutzung von Formationsmacht im Koalitionsbildungsprozess resultieren, sondern auch das regierungsinterne Interagieren der Koalitionspartner während der Legislaturperiode. Berücksichtigt man die interne Bedrohung durch die Dominanz größerer Partner, ist für kleine Parteien über Zeit vor allem die Frage zentral, wie effektiv sie koalitionsintern bei Konflikten eigene Positionen durchsetzen können. Eine Analyse muss demnach berücksichtigen, wie effektiv Akteure unterschiedlichen Formats, Formationsmacht in innerkoalitionären Einfluss transferieren können. Um dieser Problematik gerecht werden zu können, wird zwischen *Formationsmacht* und *Koalitionsmacht* differenziert. Wie die folgenden Ausführungen darlegen, unterscheiden sie sich zum einen in ihrer Substanz, zum anderen beziehen sie sich auf unterschiedliche Analyseeinheiten. Die Unterscheidung hat somit außerdem die konzeptuelle Funktion, unbewusste Wechsel der Analyseebene zu vermeiden, die bei der

eine nicht-komplementäre Ausdifferenzierung, die nur wenig präzise Schlüsse zulässt und dies auch nur mit Blick auf die Formationsphase vor Bildung einer Koalition, nicht aber hinsichtlich innerkoalitionärer Prozesse. Darüber hinaus arbeitet Smith die Rolle kleiner Parteien in unterschiedlichen Parteiensystemen (angelehnt an Sartoris Typologie) heraus und liefert dadurch wichtige Anregungen. Gleichwohl gelingt es ihm aufgrund seiner induktiven Perspektive nicht, die eigentlich entscheidenden Kriterien - Zentralität und Pivotalität - systematisch herauszuarbeiten (1997: 26-36).

⁷Siehe zu innerkoalitionärer Ministerienverteilung u.a. Browne/ Franklin 1973; Browne/ Frensdreis 1980; Laver/ Schofield 1986; Warwick/ Druckman 2001.

⁸Der Einfluss eines kleinen Akteurs scheint zwar über Zeit weniger stabil bzw. "gesichert", wenn er nicht selbst Teil der Regierung ist. Gleichwohl kann er Vorteile daraus ziehen, keine Koalitionspolitiken mittragen zu müssen, die er programmatisch ablehnt.

Analyse kleiner Parteien, die in den Arenen parlamentarisches Verhandlungssystem und Koalition agieren, leicht erfolgen kann.⁹

Formationsmacht bezeichnet das Einflusspotenzial, das die Partei während der Koalitionsformation geltend machen kann. In dieser Phase streben Parteien in der Regel danach, die Teilnahme an einer Regierungskoalition zu erreichen, sowie gleichzeitig möglichst hohe Auszahlungen dafür auszuhandeln. Letzteres kann sich je nach Stellung im Verhandlungssystem in einem großen Anteil an Portfolios zeigen oder in Zugeständnissen innerhalb von Koalitionsverträgen. Zentral sind hierbei die Koordination von Policy und Office unter Berücksichtigung antizipierter Sanktionen durch Stimmenverlust.¹⁰ Bezugspunkt der Analyse ist das parlamentarische Parteiensystem.

Koalitionsmacht hingegen bezieht sich auf das Einflusspotenzial, über das der kleine Partner bei koalitionsinternen Konflikten verfügt. Die Abgrenzung der zweiten Einflusskomponente von Formationsmacht ist wichtig, da es für den kleinen Partner bei der nächsten Wahl schwerwiegende Folgen haben kann, in der Koalition dominiert zu werden und infolgedessen sein Profil zu verlieren. Die Möglichkeit, sich in Streitfällen zuweilen durchsetzen bzw. Meinungen in Abweichung zum großen Partner formulieren zu können, ist für die kleine Partei eine zentrale Ressource. Diese innerkoalitionäre "Wehrhaftigkeit" dient neben dem Ziel, bestimmte Policypräferenzen durchzusetzen (die innerhalb der Koalition erneut zum Konfliktfall werden können) dem Stimmenerhalt (Warwick 2000). Gerade dieses Einflusspotenzial soll mit dem analytischen Konstrukt Koalitionsmacht erfasst werden. Es geht nun um die optimale Nutzung der Regierungsteilnahme durch einen langfristig kalkulierenden Akteur. Bezugspunkt der Analyse ist hier die Koalition. Ihr Format und die Teilnehmerzahl sind die zentralen Variablen. Das Gestaltungs- und Durchsetzungspotenzial innerhalb einer Koalition darf analytisch nicht mit Formationsmacht gleichgesetzt werden, da beide Machtkontingente nicht notwendig von den gleichen Faktoren oder von identischen Motivationen bestimmt werden. Vielmehr wirken sich *identische* Variablen wie Pivotalität und Zentralität in beiden Arenen auf *unterschiedliche* Weise aus.

In dieser Unterscheidung spiegelt sich die Erkenntnis wider, dass während den Koalitionsverhandlungen Teilnahme, Portfolios und Policyzugeständnisse die Ziele darstellen (Strøm, Müller 1999: 9f.)¹¹, die unter Nutzung der vorhandenen Ressourcen, Sitzstärke und ideologischer Position, beim Ausspielen von Formationsmacht angestrebt werden. Wenn eine Partei die Regierungsteilnahme erreicht hat, stellt der aus der Verhandlungsphase resultierende Gewinn die Ressource dar, die in der innerkoalitionären Interaktion - zur Ausübung von Koalitionsmacht - genutzt wird. Die Zielsetzungen sind nun Profilerhalt und Umsetzung von eigenen Policypräferenzen, die in einem weiteren Schritt wiederum dem Erhalt von Wählerstimmen dienen. Festzuhalten bleibt also, dass die im jeweiligen Stadium

⁹ Ein möglicher Ausgangspunkt zur numerischen Bestimmung kleiner Parteien stellt Kemans Vorschlag zur Identifizierung von Dominanz dar. Er stuft eine Partei dann als dominant ein, wenn sie gleich oder mehr als $100/N$ Prozent der Sitze innehält. N bezeichnet die effektive Anzahl der Parteien (1994: 139). Dieses Maß kann zur Bestimmung großer und so im Umkehrschluss auch kleiner Parteien verwendet werden. Dies hat den Vorteil, dass die relative Größe eines Akteurs innerhalb des Parteiensystems - nicht der Koalition - identifiziert wird und somit verhindert wird, dass der kleinere Partner in einer großen Koalition fälschlicherweise als klein - also schwach an Sitzen - eingestuft wird. Siehe hierzu auch Smith (1997) und Müller-Rommel (1997).

¹⁰ Die Regierungsteilnahme bringt häufig einen Verlust an Wählerstimmen mit sich. Nach neueren Untersuchungen von Koalitionsregierungen in 13 Ländern verschlechterten 62% der Regierungsparteien ihren Stimmenanteil, 36% konnten ihn verbessern und 2% konnten ihn behaupten (Müller/ Strøm 1997: 744 ff.).

¹¹ Diese Ausführungen beruhen auf der Annahme, dass Parteien (sieht man von Anti-System-Parteien ab), um über Zeit erfolgreich zu sein, die drei Ziele Wählerunterstützung, Regierungsteilnahme und Stimmenerhalt in einer gewissen Balance halten müssen. Es wird demzufolge einzelnen Parteien keine primäre Amtsorientierung oder Policyorientierung zugesprochen. Für eine ausführliche Behandlung der Koordinationsprobleme speziell kleiner Parteien an den Beispielen Irland und Dänemark siehe Bolleyer 2004.

genutzten Ressourcen nicht identisch sind, genauso wenig wie die dominanten Zielsetzungen. Die Beschränkung auf eine intrinsische Dominanz der Office- bzw. Policymotivation führt folglich in die Irre, da so weder der Prozesscharakter noch die schrittweise Umsetzung von Zielen erfasst werden kann. Es stellt sich für eine kleine Partei zuerst die Frage, welche Koalitionen im jeweiligen Verhandlungssystem als möglich erachtet werden und welche Auszahlungen in Form von Ministerien und Policyzugeständnissen die potenziellen Koalitionen jeweils erbringen können. Die Konzessionsbereitschaft wird auch dadurch beeinflusst, ob der Oppositionsstatus - u.a. mit Blick auf mögliche Negativeffekte der Regierungsteilnahme - eine Handlungsalternative darstellt. Luebbert stellt diesbezüglich berechtigt die in vielen Koalitionstheorien implizite Annahme in Frage, dass die Teilnahme an grundsätzlich *jeder* Regierung für eine Partei erstrebenswert sei (1983: 240). So nimmt z.B. die Teilnahmewahrscheinlichkeit von Parteien an Regierungen ab, je weiter deren Idealpunkte von dem des Formateurs entfernt liegt, ein Hinweis darauf, dass sich der Wert einer Koalition mit ihrer internen Heterogenität verringert (Warwick 1998). Kurz- und langfristige Interessen können konfliktieren und vor diesem Hintergrund entwickelt Warwick das Konzept der Policy-Horizonte. Diese Horizonte markieren den Punkt, an dem die zur Koalitionsbildung notwendigen Konzessionen überhand nehmen und eine Partei den Oppositionsstatus vorzieht. Das Konzept beruht auf der Annahme, dass Wähler Parteien die Unterstützung entziehen, sobald letztere für eine Regierungsteilnahme zu viel ihrer Kernpolitiken preisgeben (2000: 38-9).

Ist Regierungsteilnahme die einzige Möglichkeit zur Mitwirkung an der Formulierung von Policy, tritt die Zweistufigkeit des Prozesses am Deutlichsten zutage. Zuerst muss in diesem Fall die Teilnahme erreicht werden, da der Oppositionsstatus in jedem Fall das ungünstigste Ergebnis aus Sicht der Akteure darstellt. Die Kompromissbereitschaft ist in diesem Fall sehr ausgeprägt. Dies kann auch heißen, dass über zwischenparteiliche Divergenzen zum Verhandlungszeitpunkt großzügiger hinweggesehen wird. Dies wiederum dürfte sich negativ auf das Funktionieren der späteren Koalition auswirken. Abstriche bezüglich der antizipierten Koalitionsmacht bzw. der Stabilität der Koalition als Einheit werden dennoch in Kauf genommen. Hier wird eine Ursache für einen möglichen Fehlschluss sichtbar: Bei strukturell sehr starken Exekutiven kann so sehr leicht eine intrinsische Officemotivation der Akteure unterstellt werden, die so nicht vorliegt.

Ein weiterer Grund dafür, die beiden Schauplätze getrennt zu behandeln, wird anhand der Zentralität einer kleinen Partei anschaulich. Das folgende Beispiel zeigt, inwiefern unterschiedliche Zeithorizonte die effektive Nutzung von Zentralität beeinflussen.¹² Grundsätzlich dürfte eine zentrale Partei gute Chancen auf Regierungsteilnahme haben, da die Akteure ideologische Kompatibilität in der Regel als Voraussetzung für eine Regierungsbildung betrachten. Es stellt sich also die Frage nach den Modalitäten. In Verhandlungen, in denen ein kleiner Akteur sich noch nicht in einem Bündnis befindet, scheint die Drohung, die Gegenpartei, den Gegenblock oder den Oppositionsstatus bei Nichterfüllung der eigenen Forderungen vorzuziehen, glaubhaft und ist demnach mit hoher Wahrscheinlichkeit wirksam. Innerhalb der Koalition hingegen sehen die Bedingungen anders aus. Die Drohung eines Ausbruchs verliert über Zeit sowohl durch zu häufige als auch zu seltene Umsetzung ihre Wirksamkeit (im ersten Fall wird die Partei es schwer haben, überhaupt erneut an einer Koalition teilnehmen zu können, wenn sie als komplett unzuverlässig gilt). Generell erscheint die Wechseldrohung¹³ gegen Ende einer Legislatur-

¹² Eine Partei ist dann zentral, wenn sie in der Mitte des ideologischen Spektrums zu verorten ist. Die Gleichsetzung der Zentralität einer Partei und dem Einschluss des Medianabgeordneten wird als zu eng erachtet. Deshalb wird die Mitte im Folgenden als Raum konzeptualisiert (Keman 1994).

¹³ Direkte Koalitionswechsel können nur in Systemen stattfinden, die keine Neuwahlregel kennen, d.h. der Auflösung einer Regierungskoalition nicht notwendig eine Neuwahl folgt. Doch auch in diesem Fall ist Zentralität von Vorteil, da ein solcher Akteur über ideologische Flexibilität verfügt und dies unabhängig von den

periode glaubhafter, da der kleine Partner eine Weile von den Ressourcen des Amtes profitieren konnte und vergleichsweise weniger zu verlieren hat. Doch auch für die große Partei hat die Koalition bereits an Wert eingebüßt. Während also die Glaubhaftigkeit, dass der kleine Partner wirklich ausbricht über Zeit zunimmt, verliert die Drohung paradoxerweise gleichzeitig zunehmend an Wirksamkeit, Konzessionen vom großen Partner zur Verhinderung eines Ausbruchs abverlangen zu können. So verlassen Parteien dann Koalitionen, um Neuwahlen herbeizuführen, wenn sie hohe Wählerzugewinne erwarten, während sie gleichzeitig nur wenig Nutzen aus den innerhalb der Koalition okkupierten Ministerien ziehen (Lupia, Strøm 1995: 655-56). Parteien wägen also zwischen ihrer Macht innerhalb der Koalition, und der antizipierten Formationsmacht, die aus Stimmenzugewinnen durch vorgezogene Neuwahlen entstehen könnte, ab.

Die Abgrenzung zwischen Formationsmacht und Koalitionsmacht beruht außerdem auf der These, dass die Interaktionsmodi in den Arenen nicht identisch sind. Es kann begründet argumentiert werden, dass Kooperation die Basis für die Bildung von Koalitionen darstellt, wie u. a. Browne und Frensdreis (1980) dies tun. Gleichzeitig ist die Interaktion während der Verhandlungen individuell rational. Das heißt, dass Parteien Kooperation in Form einer Koalition nicht generell anstreben. Sie wird nur dann gewählt, wenn sie tatsächlich für den Einzelakteur die gewinnbringendste Handlungsoption darstellt. Koalitionsintern aber kann der Charakter der Interaktion nicht eindeutig bestimmt werden, da die Anreize zur Gewinnmaximierung teilweise kooperative, teilweise nicht-kooperative Interaktion fördern. Der Charakter politischer Koalitionen ist ambivalent. Denn wer ist hier der handelnde Akteur, der seine Ziele zu maximieren sucht? Sind mit dem maximalen Erfolg der Regierung als kollektivem Akteur auch die Erträge der individuellen, insbesondere der kleinen Koalitionsteilnehmer maximiert? Es zeigt sich hier der Balanceakt zwischen effizienzfördernder Kooperation mit Blick auf die Regierung als Handlungseinheit und der ausreichenden Abgrenzung der einzelnen Glieder voneinander. Das grundlegende Spannungsfeld liegt auf der Hand: Einerseits führt zu viel an innerkoalitionärer "Opposition" zur Verminderung von Entscheidungsfähigkeit oder gar potenziell zur Auflösung der Koalition. Andererseits verliert der Wähler der kleinen Partei(en) bei zu großer Anpassung an den großen Akteur möglicherweise seine Gründe, die kleine Partei bei der nächsten Wahl erneut zu wählen.¹⁴ Auf ein Bestreben nach kollektiver Gewinnmaximierung via Kooperation kann nicht per se geschlossen werden, da immer fraglich ist, wem die positiv (oder negativ) bewerteten Ergebnisse des Regierungshandelns zugerechnet werden. Somit schafft das eigene programmatische Profil angesichts der kommenden Wahlen Anreizstrukturen, zuweilen innerhalb der Koalition gegeneinander abgegrenzte Positionen zu vertreten, und zu versuchen, diese auch durchzusetzen. Die Unterscheidung zwischen individueller Gewinnmaximierung in der Verhandlungsphase, in der konstellationsinterne Formationsmacht das Machtpotenzial eines Akteurs erfassen soll, und der Ambivalenz innerkoalitionärer Interaktion, in der das Konstrukt Koalitionsmacht greifen soll, ist demnach zur Spezifizierung des Gewichts von Einzelakteuren unerlässlich.

Effekten einer Wahl gilt.

Um das Wechsellpotenzial einer Partei und die daraus resultierenden Vorteile abschätzen zu können, stellt sich zuerst die Frage nach dem Nutzen der aktuellen Koalition, der strukturell und temporal determiniert ist, dann nach den Kosten eines Ausbruchs. Sie ergeben sich u. a. aus der Sicherheit bzw. Unsicherheit in eine Alternativkoalition tatsächlich wechseln zu können, aus der antizipierten Stellung in der neuen Koalition und den erwarteten Auswirkungen eines solchen Vorgehens auf das zukünftige Verhalten der Wählerschaft (s. hierzu Lupia/ Strøm 1995; Strøm/ Swindle 2002).

¹⁴ Parteien werben im Allgemeinen nicht ausschließlich um Unterstützung durch Stimmen, sondern auch um finanzielle Zuwendungen der Parteimitglieder, die darauf erpicht sind, dass Parteipolitiken auch umgesetzt werden.

Da die beiden Konstrukte auf verschiedenen Zeithorizonten beruhen, sind sie theoretisch klar abgrenzbar. Formationsmacht fokussiert die Phase vor bzw. während der schlussendlichen Koalitionsformation. Koalitionsmacht hingegen wird über die Legislaturperiode hinweg manifest. Sind zwar gute Gründe für die analytische Unterscheidung benannt worden, so ist gleichzeitig offensichtlich, dass Parteien - kleine wie große - auf Basis ihrer Formationsmacht die Maximierung der zukünftigen Koalitionsmacht anstreben. Der Einzelakteur versucht das eigene Kontrollpotenzial durch die Einforderung von Absicherungsmechanismen z.B. Koalitionsverträgen im Verhandlungsstadium zu maximieren. Präventives Vorgehen im Verhandlungsstadium hat jedoch seine Grenzen und in diesen Grenzen findet die analytische Unterscheidung ihre Rechtfertigung. Es wird im Folgenden nun die These formuliert, dass speziell im Falle kleiner Akteure der Transfer von Verhandlungs- Koalitionsmacht ein äußerst problematisches Unterfangen darstellt.

III.2 Begriffsdefinitionen: Pivotalität und Zentralität als Gewichts-relevante Kriterien

Zunächst müssen nun diejenigen Variablen präzise bestimmt werden, mit denen die strategischen Kapazitäten kleiner Akteure erfasst werden können. Die Termini *pivotal* und *zentral* bieten sich hierfür an. In der Literatur sind die beiden Konzepte zuweilen verwoben (z.B. Keman 1994). In diesem Abschnitt werden sie jedoch voneinander abgegrenzt, damit das vorhandene analytische Potenzial voll ausgeschöpft werden kann. Anschließend werden die Auswirkungen der beiden Variablen - in Isolation und in ihrem Zusammenspiel - auf das Machtkontingent eines Akteurs in der jeweiligen Arena benannt. Ziel ist es ihre divergierenden Effekte auf Verhandlungs- bzw. Koalitionsmacht zu spezifizieren.¹⁵

III.2.1 Pivotalität

Der nachfolgende Definitionsversuch zeichnet sich durch seine Mehrdimensionalität¹⁶ aus und soll dadurch exaktere Aussagen über das strategische Potenzial einer Partei ermöglichen. Allerdings muss im Zuge der Definitionseinengung die Anwendbarkeit auf verschiedene parlamentarische Verhandlungssysteme und den daraus hervorgehenden Koalitionen erhalten bleiben. Das bedeutet, dass trotz eines höheren Komplexitätsgrades die Tauglichkeit des analytischen Instruments zur vergleichenden Analyse bewahrt werden muss. Mit diesen Überlegungen im Hinterkopf wird dem Konzept folgende Definition von Pivotalität zugrunde gelegt:

¹⁵Eine zentrale Vereinfachung, die bei der Konzeptbildung vorgenommen wird, ist die Annahme der Eindimensionalität des Politikraumes. Laver und Hunt (1992) haben festgestellt, dass in der Regel zwei Hauptkonfliktlinien den Wettbewerb in politischen Systemen prägen. Da Parteien häufig auf beiden Dimensionen in der gleichen Reihenfolge positioniert sind, können grundlegende Zusammenhänge zwischen der ideologischen Position und der numerischen Einbettung einerseits und der Machtanteile kleiner Akteure andererseits aber dennoch aufgezeigt werden.

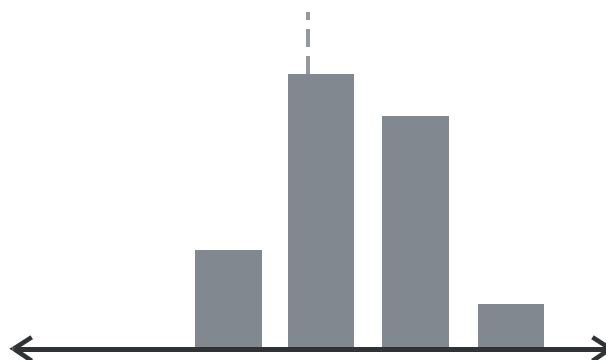
¹⁶ Dies gilt auch für Rémys Pivotalitätskonzeption. Pivotalität gilt hier als die Fähigkeit eines Akteurs, die vorliegende Parlamentsmehrheit durch Koalitionsausbruch oder -wechsel zu verändern. Diese wird durch die relative Größe, die Position eines Akteurs auf einem eindimensionalen, ideologischen Kontinuum und die ideologische Flexibilität innerhalb des Parteiensystems bestimmt (1975: 293-95). Zentral gelegene Akteure sind hier im Vorteil, da sie nicht nur ausbrechen, sondern auch an der neuen Koalition teilnehmen können. Umso weniger die vor dem Ausbruch bestehende und die nachfolgende Koalition überlappen, umso höher ist der Pivotalitätsgrad eines Akteurs und somit sein strategisches Einflusspotenzial (die Möglichkeit von Minderheitsregierungen ist ausgeschlossen). Folglich steigt die Einflusskapazität der in eine neue Gegenkoalition hineinwechselnden Partei je kleiner diese ist. Dies überzeugend nicht, da sich ein höherer innerkoalitionärer Sitzanteil einer kleinen Partei auf deren Koalitionsmacht zweifelsohne positiv auswirkt. Der Ansatz leidet somit unter der mangelnden Abgrenzung zwischen Formations- und Koalitionsmacht und kann somit hier nicht zur Grundlage gemacht werden. Dies gilt auch für Kemans Definition, bei der Dominanz (ein relativ hohes legislatives Gewicht) und Zentralität notwendige Kriterien für Pivotalität darstellen (1994: 126f.). Einerseits sind Zentralität und Pivotalität analytisch verknüpft, andererseits schließt Kemans Definition aus, dass kleine Parteien überhaupt pivotal sein können.

Pivotalität wird anknüpfend an bereits etablierte spieltheoretische Definitionen (u.a. Laver, Schofield 1986; Shapley, Shubik 1954) in einem ersten Schritt rein numerisch bestimmt. Eine kleine Partei ist pivotal, wenn eine große Partei durch den Zugewinn ihrer Sitze eine einfache, parlamentarische Mehrheit erreicht, sie also durch den kleinen Partner eine Mehrheitsregierung bilden kann. Die kleine Partei fungiert als numerischer Mehrheitsbeschaffer. Im Allgemeinen bevorzugen große Akteure kleine Koalitionspartner, weil sie dadurch das Ausmaß notwendiger Zugeständnisse verringern und ein größeres innerkoalitionäres Kontrollpotenzial erreichen, also ihre Koalitionsmacht steigern. Um ein aussagekräftigeres Analyseinstrument zu erhalten, wird diese Definition nun durch die Hinzunahme eines zweiten numerisch-basierten Kriteriums erweitert. Pivotalität liegt nur dann vor, wenn sich zusätzlich innerhalb des Verhandlungssystems *kein* weiterer, kleiner Akteur befindet, der der großen Partei als alternativer Koalitionspartner dienen kann. Das bedeutet, effektiv nutzbare Pivotalität ist nicht gegeben, sobald das Sitzgewicht zweier oder mehrerer kleiner Parteien ungefähr gleich groß ist. Numerischer Mehrheitsbeschaffer zu sein ist demnach eine notwendige, nicht aber eine hinreichende Bedingung für Pivotalität. Da sich ein großer Akteur nicht rigide an einem *minimal-seats*-Kriterium orientiert, wie empirische Befunde belegen, hat er in dieser Konstellation die Möglichkeit, die Forderungen des bevorzugten kleinen Koalitionspartners angesichts einer numerisch äquivalenten Partei herunterzuhandeln.¹⁷ Das folgende Diagramm zeigt eine Konstellation, in der die kleine Partei A für B numerisch pivotal ist. Die zweite kleine Partei D macht ihr diesen Rang nicht streitig, da sie zu schwach an Sitzen ist, um einer der beiden großen Parteien B oder C eine Mehrheit zu verschaffen.

Bei genauerem Hinsehen erweist sich die Definition jedoch auch nach Hinzunahme des Kriteriums der fehlenden numerischen Austauschbarkeit als zu grob. Man müsste nämlich anhand eines rein numerischen Verständnisses mit Blick auf Diagramm 1 argumentieren, dass A auch für Partei C numerisch pivotal ist und daraus zusätzliche Machtpotenziale für A resultieren. De facto ist aber die Koalition AC aufgrund der ideologischen Entfernung zwischen beiden Parteien unwahrscheinlich.

Diagramm 1:

Partei A ist pivotal/ nicht-zentral, D ist nicht-pivotal/nicht-zentral



Die numerische Komponente ist folglich unzureichend. Die ideologische Heterogenität von AC macht die Koalition für beide Partner ideologisch unannehmbar, da die wechselseitigen Konzessionen enorm wären und die antizipierte Effektivität der Koalition zu gering

¹⁷Numerische Äquivalenz zweier Parteien wird im Folgenden bis einschließlich einer Differenz von 7% angenommen, wobei die große Partei mit jeder der beiden Partner jeweils die Parlamentsmehrheit erreichen muss. Ob diese Richtschnur adäquat ist, müssen empirische Untersuchungen zeigen.

(Warwick 1998; 2000). Anders sieht es bei folgender Verteilung aus: A 26%, B 12%, C 45%, D 11%, E 6%. Nun verfügt C nicht nur über die Möglichkeit zur Koalitionsbildung mit D, sondern auch mit B. Beide kleinen Akteure sind ideologisch kompatibel mit C und teilen den numerischen Status eines Mehrheitsbeschaffers. D wie auch B sind nun ersetzbar und haben nur noch eine schwache Position, C Überbezahlungen abzuverlangen. Die Parteien B und D haben ihren effektiven Pivotalitätsstatus eingebüßt.¹⁸

Das Resultat lautet also, dass ein kleiner Akteur - um als pivotal zu gelten - zuerst über den Status eines numerischen Mehrheitsbeschaffers verfügen muss. Diese numerische Pivotalität entfaltet jedoch nur dann ihre Wirkung, wenn zusätzlich keine äquivalente Koalitionsalternative für den großen Akteur existiert. Zwei kleine Parteien gelten aber nur dann als äquivalent, wenn der große Partner beide als numerisch und ideologisch in etwa gleichermaßen kompatibel einstuft. Ideologische Äquivalenz ergibt sich speziell dann, wenn zwei kleine, nur numerisch pivotale Parteien einem großen Akteur jeweils auf einer Seite benachbart sind oder wenn mehrere kleine, pivotal-zentrale Akteure existieren, wobei letzteres eher unwahrscheinlich ist. Ein zunehmender Grad an Fragmentierung verringert nämlich die Wahrscheinlichkeit, dass ein pivotaler Akteurs nach obiger Definition auftritt. Anders als in moderat pluralistischen Systemen sind kleine Parteien in der Regel erst gar keine numerischen Mehrheitsbeschaffer, da mehrere kleine Koalitionspartner zum Erreichen des Mehrheitsstatus notwendig sind. Doch ist nicht auch dann strategisch vorteilhafte Pivotalität möglich? Basierend auf der Hypothese einer schrittweisen Bildung von Protokoalitionen kann argumentiert werden, dass situationsbedingt immer derjenige Akteur einen Pivotalitätsvorteil genießt, der als letztes in die Koalition eintritt, diese also komplettiert und somit Konzessionen einfordern kann. Aus der Konstellation selbst kann dann nicht abgeleitet werden, in welcher Reihenfolge die Akteure sich zusammenschließen. Auch die restringierende Annahme, es müsse sich um eine sich erweiternde "Kette" nächstgelegener Nachbarn handeln (De Swaan 1973: 287), schränkt die Kombinationsreihenfolge nur geringfügig ein. Eine Analyse von Pivotalität wäre nur ad hoc-punktuell, nicht aber systematisch-vergleichend möglich.¹⁹ Es spricht jedoch für die vorgeschlagene Pivotalitätsdefinition, dass bei Formationsprozessen in Vielparteienkoalitionen die Komplexität multilateralen Verhandeln das Potenzial kleiner Akteure reduziert, hohe Bezahlungen auszuhandeln. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Erwartungssicherheit bezüglich einer Regierungsteilnahme und auch der Abfolge des Zusammenschlusses gering ist. Tut jeder Akteur zu Beginn seine Forderungen kund, kann er diese nur schwerlich im Interaktionsprozess ausweiten, wenn er erst während des Ablaufs die Chance erkennt, die pivotale Stellung einzunehmen. Dies wird durch den antizipierten Wechsel von kompetitivem Verhalten im Verhandlungsstadium zu stärker kooperativer Interaktion innerhalb der Koalition gestützt. Hieraus ergibt sich, dass die Akteure schon im Verhandlungsstadium gewisse Regeln in der Interaktion einhalten. Parteien können die bereits geforderten Konzessionen demzufolge nicht beliebig während des Prozesses ändern, sobald sie einen strategischen Vorteil zu erkennen glauben. In einer unübersichtlichen Verhandlungssituation dürfte zudem das Bestreben, sich überhaupt auf eine Koalition zu einigen, den Verteilungsaspekt in den Hintergrund drängen.²⁰ Zudem setzt die Existenz eines

¹⁸ C vereinigt die beiden strategischen Vorteile der Zentralität und der numerischen Dominanz auf sich und entspricht somit Roozendaals Konzept des starken, zentralen Spielers (1990).

¹⁹ Dies gilt nur dann nicht, wenn das System sehr stark bipolar strukturiert ist. Hier könnte eine zentrale Partei trotz nicht-vorliegender Pivotalität nach der obigen Definition aufgrund ihrer Nichteingebundenheit in die Blöcke profitieren. Dies würde jedoch den Versuch einer definitorischen Trennung zwischen Zentralität und Pivotalität untergraben.

²⁰ Hier wäre bei einer empirischen Untersuchung die Frage interessant, inwieweit der Formationsprozess durch Informateure und Formateure strukturiert und gesteuert wird, da der Prozess so an Berechenbarkeit gewinnt und strategische Vorteile eventuell besser genutzt werden können.

von Formation zu Formation variierenden, dynamisch-pivotalen Akteurs, der in der jeweiligen Sequenz eine Mehrheit komplettiert, eine geordnete schrittweise Hinzunahme von Koalitionspartnern voraus, die unter diesen Bedingungen nicht notwendig vorliegt.

Die Ausführungen haben gezeigt, dass es sich bei Pivotalität um eine unmittelbare Funktion des jeweiligen parlamentarischen Parteiensystems und den ihm eigenen Koalitionsbildungsprozessen handelt. Die enge Verknüpfung des Pivotalitätsbegriffes an spezifische Vorbedingungen im Parteiensystem soll verhindern, dass Akteuren strategische Vorteile innerhalb von Strukturen zugebilligt werden, die schlicht nicht vorliegen. Mit dem Auftreten von Pivotalität ist nun nicht nur häufig ein moderat pluralistisches Parteiensystem verknüpft, sondern in der Regel auch ein prozessprägendes Mehrheitserfordernis bei der Regierungsbildung. Dies gilt offensichtlich nicht in allen Systemen. So wird fallübergreifend angenommen, dass Parteien ideologisch möglichst kompakte Koalitionen anstreben (z. B. de Swaan 1973). Fallspezifisch muss jedoch berücksichtigt werden, ob die Bildung einer Mehrheit überhaupt Endpunkt des Formationsprozesses darstellt oder ob der Prozess nicht früher abgebrochen wird. Dies tritt gehäuft in fragmentierten Systemen auf, z. B. in Skandinavien (Strøm 1990). Der Umkehrschluss, erhöhte Fragmentierung führe zum Bedeutungsverlust des Mehrheitsprinzips, gilt ebenfalls nicht generell. In Ländern mit fragmentiertem Parteiensystem muss auf der einen Seite zwischen den Fällen unterschieden werden, in denen die Akteure auf die Fragmentierung mit einem konventionell begründeten, wenig institutionalisierten Verhandlungsmodus reagiert haben, wie im Minderheitsparlamentarismus. Auf der anderen Seite stehen diejenigen Systeme, die Formalstrukturen wie Konkordanzmechanismen zur Konfliktlösung etabliert haben. Multilaterales, inklusives Verhandeln prägt jedoch beide Konstellationen und führt dazu, dass effektiv nutzbare Pivotalität eines Akteurs kaum vorliegen dürfte.

III.2.2 Zentralität

Mit dem zweiten konstitutiven Kriterium wird die ideologische Position des Akteurs erfasst. Hier liegt der Verweis auf die vorliegende oder fehlende *Zentralität* des kleinen Akteurs nahe, ein strategischer Vorteil, der in der Literatur unlängst benannt wurde. Nun gibt es mehrere Möglichkeiten Zentralität zu definieren (Daalder 1983). Innerhalb der formalen Koalitionstheorie ist eine Partei dann zentral, wenn sie den Medianabgeordneten einschließt (Laver, Shepsle 1996; Roozendaal 1992).²¹ Alternativ kann das Zentrum jedoch auch einen ideologischen Raum bezeichnen, keinen Punkt. Welche Definition erweist sich nun als die tauglichere für unsere Zwecke? Im dänischen System beispielsweise befinden sich drei kleine Parteien zwischen dem sozialistischen und dem bürgerlichen Lager (Damgaard 1997: 299). Zentralität in dieser Konstellation über die Besetzung des Medians zu definieren, schafft das Problem, dass die Nachbarn einer zentralen Partei im Umkehrschluss dem linken oder rechten Lager zuzuordnen wären, was empirisch kaum zu halten ist (Keman 1994). Daran anschließend stellt sich die Frage, ob sich linke bzw. rechte Blockparteien notwendig an ihren unmittelbaren Nachbarn als potenziellen Koalitionspartner wenden müssen, sofern mehrere ideologisch ähnliche Zentrumsparteien existieren. Sofern Letztere ideologisch tatsächlich austauschbar sind, ist dies zu verneinen. Demzufolge können die Parteien aus dem linken bzw. rechten Lager zwischen den zentralen Parteien wählen, sind also weder auf die Medianpartei beschränkt, noch auf den unmittelbaren Nachbarn. Der strategische Vorteil bei Vorhandensein mehrerer kleiner, zentraler Parteien ist zwar für diese jeweils geringer, als

²¹ Roozendaal hat den Vorteil einer zentralen Position bei der Koalitionsbildung betont, gleichzeitig aber das Konzept des „zentralen Spielers“ kritisiert, da es auch zentrale Parteien identifizierte, die seiner Auffassung nach numerisch zu schwach waren, um als tatsächliche Zentrumspartei zu fungieren (1990: 331). Er erweitert das Konzept deshalb um das Kriterium der numerischen Stärke und schließt somit kleine Parteien als „echte“ Zentrumsparteien aus.

wenn eine kleine Partei die zentrale Position allein besetzen würde. Gleichwohl ist ein grundlegender strategischer Vorteil aufgrund ihrer ideologischen Flexibilität auch bei mehreren zentralen Parteien innerhalb eines Parteiensystems gegeben. Es wird wiederum deutlich, dass ein Analyseschema, das die Einflusspotenziale kleiner Parteien erfassen soll, am spezifischen Parteiensystem ansetzen muss. Ein räumlich gedachtes Zentrum erlaubt es, dass mehreren Parteien Wechselpotenzial zugerechnet werden kann. D.h. alle Parteien, die zwischen den Polen liegen und somit die Freiheit besitzen, mit Parteien jeden Pols Koalitionen einzugehen, liegen im Zentrum (Hazan 1997: 24 f.).²²

III.3 Bestimmungsfaktoren des Gewichts kleiner Parteien

Nun werden zu den Auswirkungen der Variablen Pivotalität und Zentralität in Isolation oder Zusammenspiel Hypothesen mit Blick auf das Verhandlungssystem und die Koalition spezifiziert. Tabelle 1 ordnet kleinen Parteien mit spezifischen Merkmalsausprägungen Gewichtseinschätzungen zu. Die dort angeführten Thesen zum Gewicht der jeweiligen Akteure sind notwendig Tendenzaussagen, die hier keiner validen Überprüfung unterzogen werden können. Gleichwohl bieten sie einen Ansatzpunkt für eine systematische empirische Überprüfung. Die beiden Interaktionsarenen parlamentarisches Parteiensystem und Koalition sind in einer Tabelle zusammengefasst, damit die unterschiedlichen Auswirkungen der Variablenausprägungen auf das Gewicht in den beiden Arenen deutlich zutage treten.

Tabelle 1: Typologie zum Gewicht kleiner Parteien in parlamentarischem Verhandlungssystem und Koalition

			Pivotal	
			Ja	Nein
<i>Verhandlungsmacht</i>	Zentral	Ja	Pivotal/zentrale Partei Sehr starke Verhandlungsposition	Nicht-pivotal/zentrale Partei Schwache Verhandlungsposition
		Nein	Pivotal/nicht-zentrale Partei Starke Verhandlungsposition	Nicht-pivotal/nicht-zentrale Partei Sehr schwache Verhandlungsposition
<i>Koalitionsmacht</i>	Zentral	Ja	Pivotal/zentrale Partei Ausgeprägte innerkoalitionäre Wehrhaftigkeit	Nicht-pivotal/zentrale Partei Je nach innerkoalitionärer Position relativ ausgeprägte oder eingeschränkte Wehrhaftigkeit
		Nein	Pivotal/nicht-zentrale Partei Eingeschränkte innerkoalitionäre Wehrhaftigkeit	Nicht-pivotal/nicht-zentrale Partei Je nach innerkoalitionärer Position eingeschränkte oder sehr geringe innerkoalitionäre Wehrhaftigkeit

²² Fragen der genaueren Operationalisierung können an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Gleichwohl muss auf ein Problem hingewiesen werden: Die Gefahr liegt nahe, Koalitionswechsel als Indikator dafür zu verwenden, ob eine Zugehörigkeit zum Zentrum vorliegt oder nicht, was zu einem argumentativen Zirkel führt. Dann würde nämlich die Koalitionsteilnahme mit der Zentrumsposition, die aus Koalitionswechseln heraus bestimmt wird, erklärt. Die Analyse von Wahlprogrammen zur ideologischen Verortung von Parteien scheint dieses Problem im Vergleich zu Expertenbefragungen zumindest zu reduzieren (Budge/Robertson, Hearl 1987; Budge/Laver 1992).

Pivotal/zentrale Akteure verfügen im Vergleich zu anderen kleinen Akteuren über die besten strategischen Ausgangsbedingungen. Gleichwohl ergibt sich ein differenziertes Bild als die zu Beginn ins Spiel gebrachte Metapher vom „Zünglein an der Waage“ impliziert: mit Blick auf Formationsmacht kann von sehr hohem Einfluss gesprochen werden, mit Blick auf Koalitionsmacht liegt jedoch eine relative Schwächung vor. Die FDP vor dem Eintritt der Grünen ins Parteiensystem der BRD stellt hier das Paradebeispiel dar.

Die Stärke einer pivotal/zentralen Partei ergibt sich daraus, dass diese für zwei Koalitionen pivotal ist und durch diesen strategischen Vorteil die Forderungen für eine Teilnahme sehr hoch ansetzen kann. Das Element Zentralität bedeutet die Freiheit zum Wechsel von einem Lager ins andere.²³ Die Partei ist nicht auf einen spezifischen Partner angewiesen. Da Pivotalität nach obiger Definition tendenziell nur in Parteiensystemen des moderaten Pluralismus auftritt, wird angenommen, dass die Verhandlungen aufgrund der begrenzten Kombinationsmöglichkeiten jeweils zwischen wenigen Partnern ablaufen. In einem solchen Kontext kann die kleine Partei ihre Forderungen bezüglich der Ressourcenverteilung sehr effektiv einbringen. Große Erwartungssicherheit bezogen auf die Regierungsteilnahme und geringe Komplexität in der Interaktion erlauben dem pivotal/zentralen Akteur also, Mechanismen zur eigenen Absicherung sehr viel effektiver einzufordern, als wenn er durch übermäßige Forderungen leicht die Teilnahme selbst riskieren würde.²⁴

Die detailliertere Ausformulierung von Zugeständnissen und die stärkere Formalisierung von innerkoalitionären Entscheidungsmechanismen in Koalitionsverträgen sind hier nahe liegende Verhandlungsergebnisse. So wird einerseits angenommen, dass ein kleiner, pivotal/zentraler Akteur über das Potenzial verfügt, auch seine innerkoalitionäre Position zu stabilisieren. Andererseits sind solche Strategien durchaus auch nötig, da in einer Regierung mit geringer Teilnehmerzahl die Tendenz zu innerkoalitionärer Frontenbildung als höher eingestuft werden kann als in Vielparteienkonstellationen. Ein hierarchisches Verhältnis ist zwischen wenigen Partnern, die beträchtliche Unterschiede in ihrer Sitzstärke aufweisen, wahrscheinlicher als in einer Koalition mit mehr Teilnehmern, in der in der Tendenz ein weitaus schwächeres Sitzgefälle vorliegt. Letztere Konstellation fördert multilaterales Verhandeln und eröffnet kleinen Akteuren größeren innerkoalitionären Handlungsspielraum. Erst durch die isolierte Betrachtung der beiden Interaktionsfelder wird also deutlich, dass eine pivotal/zentrale Position zwar hohe Auszahlungen während der Regierungsverhandlungen begünstigt, die antizipierte innerkoalitionäre Situation aber gleichzeitig einen gesteigerten Bedarf an Machtressourcen bei einer solchen Partei konstituiert.

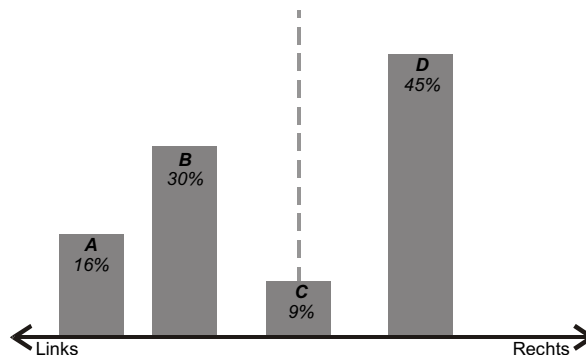
Der idealtypische Fall einer pivotal/zentralen Partei existiert in einem Zweieinhalb-Parteiensystem mit beispielsweise folgender Verteilung: A 47%, B 10%, C 43%. Nun erfordert die Existenz eines pivotal/zentralen Akteurs aber nicht notwendig ein Zweieinhalb-Parteiensystem. Man betrachte als Beispiel das folgende Parteiensystem:

²³ Die Wechseldrohung verliert natürlich an Glaubhaftigkeit angesichts von Koalitionsvereinbarungen, die schon vor der Wahl geschlossen werden. Treten zwei Parteien bereits vor der Wahl als Team auf, so hat die kleine Partei kaum eine Möglichkeit tatsächlich nach der Wahl eine Alternativkoalition einzugehen, will sie sich nicht den Ruf der Unzuverlässigkeit verschaffen, ganz abgesehen von der Reaktion auf Wählerseite. Gleichwohl hat die zentral/pivotal Partei im Verhandlungsstadium den Vorteil, dass sie aufgrund ihres moderaten Profils langfristig nicht auf den einen großen Partner angewiesen ist wie es bei einer ausschließlich pivotalen Partei der Fall ist. Sie kann so ihren Vorteil weitaus forciert vorbringen.

²⁴ Die Bildung einer großen Koalition oder einer Minderheitsregierung ohne den kleinen Partner dürften für eine große Partei keine Alternativen darstellen. Eine große Koalition bedeutet eine starke Verringerung ihrer Koalitionsmacht und pivotal kleine Parteien treten in der Regel im moderaten Pluralismus auf, in denen das Mehrheitskriterium bei der Koalitionsbildung von großer Bedeutung ist.

Diagramm 2:

C ist pivotal/zentral, A ist nicht-pivotal/nicht-zentral



In Diagramm 2 ist die Koalition CD nahe liegend. C genießt als pivotal/zentraler Akteur den Vorteil, dass er sowohl mit der rechten Partei D eine Mehrheitsregierung bilden, sowie alternativ an der Koalition ABC teilnehmen kann. Daraus resultiert zweifelsohne eine starke Verhandlungsposition.²⁵ Sein strategisches Potenzial ist jedoch nicht in gleicher Weise ausgeprägt wie in der erstgenannten Konstellation – im Zweieinhalbparteiensystem. D ist sich nämlich bewusst, dass die Koalition ABC für C im Vergleich zu CD eine suboptimale Lösung darstellt. Die Koalition CD erweist sich als vorteilhafter für C, weil sie ideologisch homogener ist als ABC. Das gleiche gilt bezogen auf den innerkoalitionären Koordinationsaufwand, der bei zwei Teilnehmern geringer ist als bei dreien. Es ist ebenfalls vorstellbar, dass B in einer Koalition ABC versucht, die beiden kleinen Koalitionspartner gegeneinander auszuspielen. Die Koalition ABC bringt zwar für C den Vorteil mit sich, dass innerkoalitionär die Sitzverhältnisse ausgeglichener sind, sich Dominanz also in einer Dreiparteienkonstellation schwerer herausbildet. Gleichwohl sind die komparativen Kosten der Koalition ABC für C höher als diejenigen der Koalition CD. Das führt dazu, dass C weniger Überbezahlung von D erhält, als in einer Verhandlungskonstellation mit gleichwertiger Alternativkoalition, wie sie in einem Zweieinhalbparteiensystem vorliegen würde.

Innerkoalitionär – nach Bildung der Koalition CD - wirkt sich die Tatsache, dass für C "nur" eine Dreiparteienkoalition als Alternativoption existiert, bezogen auf C's strategisches Potenzial weniger problematisch aus. Es liegt nahe, dass C und AB schon vor einem möglichen Koalitionsausbruch in Kontakt stehen und sich über die Konzessionen zu einigen suchen. Außerdem dürften sich die Oppositionsparteien AB bei der Vermutung eines Ausbruches von C schon vorab untereinander koordiniert haben, wieviel sie C für die Möglichkeit zu zahlen bereit sind, den Oppositionsstatus verlassen zu können, woraus sich eine für C günstige unilaterale Verhandlungssituation zwischen ihr und der Protokoalition AB ergibt.

Zusammenfassend kann die These formuliert werden, dass pivotal/zentrale Parteien die besten Ausgangsbedingungen besitzen, um sich von ihrer naturgemäßen Position der Unterlegenheit innerhalb einer Koalition zu lösen. Gleichwohl ist ein solcher Akteur koalitionsintern schwächer als im vorherigen Verhandlungsstadium, wenn er auch im

²⁵ Franklins und Brownes Untersuchungen zu Ministerienverteilungen in Koalitionsregierungen zeigen, dass kleine Parteien in teilnehmerschwachen Koalitionen eine am relativen Sitzkontingent gemessen überproportional große Anzahl an Portfolios erhalten, diese Überbezahlung jedoch mit zunehmender Teilnehmerzahl verschwindet (1973). Ob eine solche numerische Überbezahlung auch in ein Übergewicht resultiert hängt maßgeblich von der Art der erhaltenen Ministerien ab. Denn mit Blick auf Ministerien mit hohem innerkoalitionären Kontrollpotenzial (z.B. die Finanzen) sind kleine Parteien tendenziell benachteiligt.

Vergleich mit kleinen Parteien anderen Typs über eine große koalitionsinterne Wehrhaftigkeit verfügt.

In der ungünstigsten Situation befinden sich nicht-pivotal/nicht-zentrale Akteure. Ihre Chancen auf eine Regierungsteilnahme sind weitaus geringer, da sie sich ideologisch im linken oder rechten Block befinden und folglich die Koalitionsoptionen begrenzt sind. Sind sie dennoch ein Kandidat für die Teilnahme, so fehlt ihnen die Kapazität, günstige Konditionen einzufordern, da sie auf die Parteien im eigenen Block angewiesen sind. Dies trifft vor allem bei einer bipolaren Logik des Parteiensystems zu. Sofern eine große, zentrale Partei existiert, die über eine bilaterale Opposition verfügt, folglich ihre Partner links oder rechts wählen kann, ist die Verhandlungssituation noch nachteiliger.²⁶ Auch hier macht es wiederum einen Unterschied, ob das System fragmentiert ist oder nicht. In einer fragmentierten Konstellation und bei wenig strukturiertem Verhandeln haben die Akteure weniger Kontrolle über den Prozess und so auch geringeren Einfluss auf seinen Ausgang.²⁷

Die Koalitionsmacht nicht-pivotaler/nicht-zentraler Akteure ist ebenfalls gering. Analog zu den wenigen aus den Verhandlungen gewonnenen Ressourcen ist ein vergleichsweise sehr geringer Einfluss in der Regierungsbildungsphase erwartbar. Im Falle einer Vielparteienkonstellation besteht hingegen der koalitionsinterne Vorteil, dass die Ressourcenverteilung ausgeglichener sein dürfte als bei teilnehmerschwachen Koalitionen. Somit sollte ein weniger hierarchisch geprägter Interaktionsmodus dominieren und damit die Chancen, argumentativ Einfluss auszuüben, größer sein. Gegenüber nicht-pivotalen/zentralen Parteien haben nicht-pivotal/nicht-zentrale Parteien aber einen entscheidenden Nachteil. Sie sind viel stärker an die Koalition gebunden, da eine solche Partei bei erneutem Verhandeln nicht notwendig damit rechnen kann, wieder eine Teilnahme zu erreichen, weil sie ideologisch weniger moderat sind als eine zentrale Partei. Befindet sich die Partei am Rand der Koalition, besteht tendenziell das Dilemma, dass sie ein starkes Interesse am Erhalt der Koalition hat und gleichzeitig koalitionsintern von ihrer Position zugunsten moderaterer Vorlagen abrücken muss.²⁸ Auch ein multilateraler Interaktionsmodus innerhalb der Koalition ist durch einen Akteur besser nutzbar, der an Stelle einer Randposition die ideologische Mitte der Koalition besetzt. Die starke Interessensbindung an die Koalition erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass ein relativ extrem positionierter nicht-pivotal/nicht-zentraler Akteur eine dem eigenen Profil gegenläufige gemäßigte Koalitionspolitik sehr lange mitträgt, so Enttäuschung bei der eigenen Anhängerschaft verursacht und dafür Stimmenverluste bei der nächsten Wahl in Kauf nehmen muss.

²⁶ Dies ist problemlos auf Minderheitskonstellationen übertragbar, in denen die Regierungspartei bzw. -koalition das Zentrum besetzt. Kleine Oppositionsparteien, die weder pivotal noch zentral sind, haben bei der Bildung von Gesetzgebungsmehrheiten aufgrund ihrer Austauschbarkeit nur begrenzt Druckpotenzial, um Konzessionen einzufordern. So erklärt Green-Pedersen mit der bilateralen Opposition, über die die dänischen Regierungen der 90er Jahre verfügten, deren größeren Erfolg bei der Umsetzung von Reformen im Vergleich zu den Vorgänger-Regierungen, die entweder dem linken oder dem rechten Block angehörten (2001).

²⁷ Da teilnehmerstarke Koalitionen in der Regel aus komplexen Parteiensystemen hervorgehen, liefert dies eine mögliche Erklärung für Browne und Franklins (1973) Befund, dass bei hoher Teilnehmerzahl die Chancen in Relation zum innerkoalitionär eingebrachten Sitzkontingent mit Blick auf die Ministerienzahl über- oder unterbezahlt zu werden, für große und kleine Parteien ähnlich groß sind und nicht wie in teilnehmerschwachen Koalitionen eine Überbezahlung speziell kleiner Parteien festzustellen ist.

²⁸ Es wird davon ausgegangen, dass bei Mehrheitsregierungen nicht der Parlamentsmedian, sondern der Mehrheitsmedian die Position mit den größten Durchsetzungschancen ist. Dies ergibt sich schlicht daraus, dass in der Regel nicht das Parlament die Arena der Verhandlungen darstellt, sondern die Koalitionsfraktionen.

Während die Hypothesen zu den bisherigen Kategorien recht einfach abgeleitet werden konnten, haben pivotal/nicht-zentrale und nicht-pivotal/zentrale Parteien jeweils spezifische Vorteile (bzw. Nachteile) mit Blick auf eine der beiden Arenen.

Zunächst zu den pivotal/ nicht-zentralen Parteien: Da im moderaten Pluralismus von einer prägenden Mehrheitslogik auszugehen ist, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sich ein pivotal/nicht-zentraler Akteur aufgrund einer niedrigen Verhandlungskomplexität in der Position befindet, dem großen Partner effektiv Forderungen stellen zu können. In einer solchen Konstellation erachtet der kleine Partner als essentiell, Überbezahlung herauszuschlagen, weil er eine eher niedrige Koalitionsmacht antizipiert. Im Vergleich zu einer pivotal/zentralen Parteien wird eine etwas weniger starke Position in der Verhandlungsphase, anschließend eine deutlich begrenztere innerkoalitionäre Wehrhaftigkeit innerhalb der Koalition erwartet. Dies hat Gründe: Ein solcher Akteur verfügt aufgrund seiner extremeren ideologischen Position weder in der Verhandlungsphase noch in der Koalition über eine alternative Option, die die Voraussetzung für eine glaubhafte Drohung zum Koalitionswechsel darstellen würde. Der Koalitionsausbruch ist zwar immer eine mögliche Option, vor allem wenn ein pivotal/nicht-zentraler Akteur damit rechnen kann, den Pivotalitätsvorteil bei den nächsten Regierungsverhandlungen wieder zu besitzen. Der Anreiz aber sinkt aus dem Wissen heraus, tendenziell erneut mit dem gleichen Partner verhandeln zu müssen. Denn die Einigung in der nächsten Runde wird durch das Scheitern der Koalition nicht einfacher. Ferner kann der kleine Partner nicht erwarten, dass sich ein innerkoalitionäres Dominanzproblem in einer Folgekoalition nicht stellen wird. Die Folgekosten eines Ausbruchs sind deshalb nicht zu unterschätzen und nehmen einer solchen Drohung im Voraus viel von ihrer Glaubhaftigkeit.

Aufgrund des starken Größengefälles und einer Tendenz zur Hierarchiebildung ist die regelmäßige Niederlage kleiner Parteien bei koalitionsinternen Konfliktfällen zu erwarten. Der Anpassungsdruck ist enorm, was zur Folge hat, dass der kleine Partner häufig von der eigenen Position zugunsten einer moderateren abweichen muss. Dieser Profilverlust gefährdet massiv seine Glaubhaftigkeit gegenüber den eigenen Wählern. Selbst bei deren relativer Zufriedenheit mit der Regierungspolitik ist fraglich, warum sie den dominierten Juniorpartner in der Folgewahl wählen sollten, wenn sie eine weitgehend deckungsgleiche Politik auch vom Partner erwarten können.

Ein solches Bild zeigt sich hinsichtlich der pivotal/nicht-zentralen irischen Labour-Partei.²⁹ Mair kommentiert die Situation wie folgt:

“(…) the logic of voting for Labour rather than for Fine Gael proved difficult to sustain; since a vote for Labour was a vote for a Fine Gael-dominated coalition, then in many ways it makes more sense simply to vote for Fine Gael per se. (Mair zitiert nach Mitchell/ Marsh 1999: 48, Kursivierung im Original).”

Die vergleichsweise detaillierten Koalitionsverträge im irischen System sollten zwar das innerkoalitionäre Konfliktpotenzial präventiv stark einschränken. Vor allem müssten diese den kleinen Partner stärken, da es sich um eine legitime Referenzquelle handelt, die außerhalb der Arithmetik kabinettsinterner Interaktion steht, also nicht durch die innerkoalitionäre Ressourcenverteilung bestimmt ist. Das Dokument wird jedoch leicht politisiert, da die Parteien offen legen, welche Teile welchem Partner zuzurechnen sind. So können die ‚Niederlagen‘ einzelner Parteien sehr deutlich identifiziert werden. Erschwerend kommt

²⁹ Labour wird als pivotal für Fine Gael eingestuft, obwohl sie ihr ideologisch nicht benachbart ist, weil die große Fianna Fáil sich bis 1989 jeder Koalition verweigerte, die beiden Parteien somit faktisch zu einer heterogenen Koalition gezwungen waren.

hinzu, dass Parteien, um die Einigung auf eine Regierung zu erreichen - der Oppositionsstatus bedeutet in Irland de facto Machtlosigkeit - Zugeständnisse machen, die sie während der Legislaturperiode dann zurückzunehmen versuchen (Mitchell 1997: 187). Trotz eines detaillierten Koalitionsvertrages besteht somit aus Sicht kleiner Parteien die Notwendigkeit weiterer Absicherungsmechanismen.

Darüberhinaus wird die innerkoalitionäre Dominanz des großen Partners durch die hierarchische Prägung koalitionsinterner Interaktion stark gefördert. Sie resultiert einerseits aus der strukturell sehr starken Position des Taoiseach (Farrell 1994: 79f.). Andererseits besteht ein extremer Einigungsdruck zur Gewährleistung einer möglichst geschlossenen Regierung, der in der Westminstertradition begründet liegt. Dieser Zwang zur Geschlossenheit wirkt sich zuungunsten des schwachen Partners aus. Er findet in der Konvention Ausdruck, dass eine Partei, die in einer Kabinettsdebatte unterliegt, öffentlich die Linie des Partners vertreten muss (Mitchell 1997: 177). Nach Laver und Higgins "kann sie [Labour] das manchmal in fast unhaltbare Positionen im Hinblick auf die eigene Glaubwürdigkeit bringen" (Mitchell 1997: 177).³⁰ Diese beiden Faktoren kreierten folglich starke Anreize für Labour, die Gefahr einer Dominanz des großen Partners durch die Festschreibung zentraler Regierungspolitiken im Voraus einzuschränken. Dass dies jedoch nicht genügt, zeigen die Verhandlungen Labours mit der Fianna Fáil (FF) im Jahre 1992/93. Die pivotal/nicht-zentrale Labour-Partei forderte erfolgreich eine Reihe institutioneller Mechanismen ein, die das eigene Kontrollpotenzial über einen weiten Bereich von Politikfeldern erhöhen sollte:

"Nach der Wahl von 1992 wollte Labour in einer neuen Position der Stärke die Regeln des Regierens in Koalitionen verändern, um dem Muster, daß die Teilnahme in einer von ihren größeren Rivalen dominierten Koalition Stimmenverluste in Wahlen brachte, zu entfliehen: wenn Wähler rückblickend wählen, dann könnte Labour bei der nächsten Wahl einen Popularitätsgewinn erwarten, wenn sie die Schlacht um die Perzeption ihrer Effektivität in der Regierung gewinnen konnten" (Mitchell 1997: 189).

Labour konnte sich schließlich mit folgenden strukturellen Veränderungen zu ihren Gunsten durchsetzen: Erstens wurde der Parteivorsitzende Dick Spring zum Tanaiste (Vize-Premier) und Außenminister ernannt. Das bislang symbolische Amt des Tanaiste - das traditionell dem kleinen Koalitionspartner zukommt - wurde nun mit einem Stab versehen, dem wiederum ein Staatssekretär vorangestellt wurde. Letzterer sollte die angemessene Umsetzung von Labour-Vorstellungen und des Koalitionsprogramms überwachen. Zudem wurden Ministerkabinette eingerichtet, denen politisch erfahrene, persönliche Vertraute angehören, die den jeweiligen Minister auch in anderen aktuellen Politikbereichen beraten. Die dritte Änderung stärkte die Position der einzelnen Minister mit Blick auf die Implementation von Politiken. Es wurde je ein "Partnerschafts-Programm-Manager" durch jeden Kabinettsminister ernannt, der die Fähigkeiten des Ministers zur Kontrolle der Umsetzung von einzelnen Maßnahmen verbessern sollte (Mitchell 1997: 189f.).³¹

³⁰ Einschub in eckigen Klammern durch Verfasser.

³¹ Interessanterweise spiegelt der Maßnahmenkatalog implizit die Relevanz zweier qualitativer Dimensionen von Ministerämtern wieder, einer machtorientierten und einer policyorientierten: Einerseits zeigt die Stärkung des Tanaiste und die Etablierung von Ministerkabinetten, dass Labour gezielt das innerkoalitionäre Gefälle an Steuerungspotenzial - da FF über die wichtigeren sowie über mehr Ministerien verfügte - zu verringern versuchte. Die dritte Maßnahme hingegen zielt auf die effektivere Umsetzung bereits beschlossener Politiken ab. Labour Partei war nicht nur an der Verabschiedung eigener Politiken interessiert, die sie öffentlich für sich in Anspruch nehmen konnten, sondern auch auf die Kontrolle über deren angemessene Umsetzung bedacht war – ein weiterer Hinweis, dass die kleine Partei die verschiedenen Ziele koordinieren, nicht ein dominierendes durchsetzen wollte.

Das Beispiel der kleinen Labour-Partei zeigt somit einerseits die vergleichsweise ausgeprägte Formationsmacht eines pivotalen Akteurs, andererseits die Koordinationsprobleme, speziell die Diskrepanz zwischen Formationsmacht und Koalitionsmacht, die durch das Fehlen von Zentralität verstärkt wird (Bolleyer 2004): Das Bemühen um innerkoalitionäre Kontrollmechanismen weist auf die antizipierte koalitionsinterne Schwäche hin, die die Partei zu vermeiden sucht. Gleichzeitig kann der pivotal Status kaum dazu führen, die innerkoalitionäre Angreifbarkeit aufzuheben. Die Situation im Jahre 1987 deutet darauf hin. Labour zog sich aufgrund des massiven Profil- und daraus resultierend Stimmenverlustes nach Regierungsteilnahmen 1987 zur "Erholung" in den einflusslosen Oppositionsstatus zurück, eine Strategie, die 1989 mit Stimmenzugewinnen belohnt wurde (Mitchell/ Marsh 1999: 50).

Im Gegensatz zu pivotal/nicht-zentralen haben nicht-pivotal/zentrale Akteure generell bessere Chancen auf eine Regierungsteilnahme, da eine Orientierung nach beiden Seiten möglich ist (Roosendaal 1992). Gleichzeitig ist es bei isoliertem Vorliegen von Zentralität wahrscheinlich, dass eine vergleichsweise höhere Parteienzahl im Parteiensystem vorliegt. Diese Konfiguration fördert multilaterales Verhandeln, das aufgrund des niedrigen Kontrollpotenzials keine guten Chancen eröffnet, eine hohe Bezahlung herauszuhandeln. Nicht-pivotal/zentrale Parteien haben demnach Vorteile in Hinblick auf die Teilnahme, nicht jedoch bei der Gewinnaufteilung.

Gleichzeitig sieht ihre Situation, je nach dem ob sie den Koalitionsmedian besetzen, innerkoalitionär günstiger aus, weil hier multilaterales Verhandeln die Einflussnahme erleichtert. Die Formationsmacht fällt also eher schwach aus, während durch eine günstige ideologische Position in der Koalition eine relativ starke Stellung innerhalb der Partei erreicht werden kann. Isolierte Zentralität führt anders als bei der Verbindung von Pivotalität und Zentralität zu einem hohen Ressourcenkontingent oder innerkoalitionären Absicherungen gegenüber dem anderen Koalitionspartner. Hat sich eine Koalition formiert, verhindern die in der Regel hohen Teilnehmerzahlen innerkoalitionär hierarchische Strukturen. Die komplexe Akteurskonstellation hat somit koalitionsintern für kleine Akteure positive Effekte, während sie ihre Verhandlungsposition im Formationsprozess schwächt. Allerdings können Vielparteienkoalitionen auch zu programmatischen Abgrenzungsschwierigkeiten von zentralen, kleinen Partei führen. Dies gilt vor allem, wenn eine nicht-pivotal/zentrale Partei den Koalitionsmedian besetzt, was nicht notwendig der Fall ist. Die Verhinderung von Profilverlust hängt weitgehend von den Fähigkeiten der Partei ab, die eigenen Errungenschaften bei den eigenen Wählern publik zu machen. Sofern keine rigide Bipolarität im Parteiensystem besteht, dürfte einer nicht-pivotal/zentralen Partei in fragmentierten Systemen eine klar erkennbare und sichere Koalitionsalternative fehlen. Sie kann nicht wie eine pivotal/zentrale Partei mit einem Koalitionswechsel drohen, sondern nur mit einem Ausbruch. Da sich die kleine Partei gute Chancen ausrechnen kann, in der nächsten Verhandlungsrunde erneut an einer Koalition teilzunehmen, ist ihr Interesse, weiterhin in der Koalition zu bleiben jedoch, verglichen mit einer nicht-pivotalen/nicht-zentralen Partei, weitaus schwächer ausgeprägt. Ein Ausbruch bringt somit keine übermäßigen Kosten mit sich. Sofern sie aber innerhalb der bestehenden Koalition aufgrund ihrer Moderatheit in hohem Maße präferierte Politiken umsetzt, verringert sich sowohl die Motivation als auch die Glaubhaftigkeit einer Ausbruchsdrohung. Eine nicht-pivotal/zentrale Partei ist damit wehrhafter als eine nicht-pivotal/nicht-zentrale. Sie verfügt über mehr Koalitionsmacht, weil sie weniger unter Druck steht, die erreichte Koalitionsteilnahme so lange wie möglich zu nutzen.

Ein Beispiel hierfür stellen die drei kleinen Zentrumsparteien in Dänemark dar: die Radikalliberalen, die Zentrumsdemokraten und die Christliche Volkspartei (Damgaard 1997: 299). Die Parteien aus dem linken bzw. rechten Lager können mit jeder der zentralen Akteure koalieren, sie sind also weder auf die Medianpartei beschränkt, noch auf den unmittelbaren Nachbarn. Pivotalität, um innerkoalitionäre Absicherungsmechanismen einzufordern, besitzen die drei zentralen Parteien folglich nicht. Gleichzeitig ist dies im dänischen Kontext auch viel weniger dringlich. Das dänische Parteiensystem ist stark fragmentiert und Minderheitsregierungen sowie Koalitionsregierungen sind häufig das Resultat von Koalitionsverhandlungen (Knudsen 2000: 153). Kennzeichnend ist vor allem jedoch die Praxis der alternativen Mehrheitsbildung (Damgaard 1994): So kann die Opposition seit den 80ern in bestimmten Politikfeldern Vorlagen verabschieden, ohne dass dies die Regierung zum Rücktritt zwingen würde. In Ländern mit häufigen Minderheitsregierungen ist allgemein die Tendenz zu beobachten, dass eine Tradition bindender Koalitionsverträge vergleichsweise schwach Fuß fasst. Speziell in Dänemark gab es von 1950-94 nur drei schriftliche Koalitionsabkommen, die auch veröffentlicht wurden. Sie werden selten als offizielle Grundlagen der Regierungen präsentiert und erhalten zudem nie alle Absprachen zwischen den Koalitionspartnern. Damgaard (1997) kommentiert diesbezüglich, es schiene beinahe so, als gelten Koalitionsabkommen als etwas Suspektes. Dies ist angesichts der Tatsache einsichtig, dass die einzelnen Regierungsvorlagen mit hoher Wahrscheinlichkeit ohnehin im Zuge der Mehrheitsbildung im Parlament nochmals verändert werden müssen. Der Kostenaufwand, einen detaillierten Koalitionsvertrag zu formulieren, wäre dahingehend aus Akteursperspektive weitgehend eine Verschwendung von Ressourcen. Kurzum, formelle Einigungen, Flexibilität und Vertrauen werden als maßgebliche Charakteristika der Akteursinteraktion im dänischen System benannt (Knudsen 2000). Dies spiegelt sich innerkoalitionär und in der Interaktion zwischen Regierung und Oppositionsfraktion wieder. Institutionalisierung von Interaktion steht dem konträr gegenüber und wird als Ausdruck fehlenden Vertrauens gewertet (Damgaard 1997). Da der politische Prozess in solchen Systemen durch fluide Verhandlungen geprägt ist, kann auf eine grundlegende Distanz der Akteure gegenüber allzu rigiden, formalisierten Strukturen geschlossen werden. Es ist wiederum vor allem im Sinne der zahlreichen kleinen Parteien, dass Politiken auch aus der Opposition heraus beeinflusst werden können, da sie selbst auch im Falle einer Regierungsteilnahme nur begrenzt profitieren (Bolleyer 2004).

Die zentrale Stellung nicht-pivotaler kleiner Akteure wirkt sich auch deshalb nur wenig als eine Stärkung innerkoalitionären Einflusses aus, weil die wichtige Möglichkeit, die eigene Koalitionsmacht erst nach Formation der Koalition durch eine Ausbruchsdrohung zu stärken, aus zwei Gründen nur begrenzt effektiv ist: Einerseits sind Koalitionen durch den Verlust eines Partners zwar bezüglich ihres Sitzkontingents geschwächt, ein Mehrheitsstatus ist jedoch in der Regel nicht zu verlieren, wenn die Koalition über keinen verfügte. Andererseits basieren dänische Koalitionen nicht auf einer "Neuwahlregel". Die in der Regierung verbleibenden Parteien unterliegen somit nicht der Verpflichtung, Neuwahlen auszurufen, wenn ein Koalitionspartner aus der Regierung ausscheidet (Damgaard 1997: 308f.).

Während also die kleinen zentralen Parteien im dänischen System meist viel Koalitionspotenzial besitzen und dieses auch nutzen, ist ihre Formationsmacht aufgrund fehlender Pivotalität nicht sehr ausgeprägt. Gleichzeitig sind solche Akteure aufgrund der Koalitionsformate weniger der Dominanz großer Koalitionspartner, in diesem Fall der Sozialdemokraten, ausgesetzt. Ein zentraler Nachteil kleiner Akteure ist jedoch abschließend noch anzumerken: Aufgrund der hohen Volatilität sind die kleinen Zentrumsparteien bei innerkoalitionärem Profilverlust der Gefahr einer elektoralen Abstrafung ausgesetzt, die für sie aufgrund ihres schwachen Sitzkontingents besonders problematisch ist. Dies gilt vor allem für die Zentrumsdemokraten und die Christliche Volkspartei, die erst nach 1973 ins Parlament

eingekehrt sind und über keine historisch gewachsene Stammwählerschaft verfügen (Pedersen 1987).

Wollte man nun abschließend eine Hierarchie der Kategorien bezüglich der erwarteten Verhandlungs- und Koalitionsmacht formulieren, so sähe diese folgendermaßen aus: Pivotal/zentrale Parteien führen dieses Ranking mit Blick auf beide Arenen an. Sie dürften im Verhandlungsstadium hohe Auszahlungen erreichen und aufgrund ihrer Wechselmöglichkeit gleichzeitig innerkoalitionär vergleichsweise wehrhaft sein. Solche Parteien können am effektivsten vermeiden, innerkoalitionär kontinuierlich dominiert zu werden. Für nicht-pivotal/nicht-zentrale Parteien gilt das Gegenteil. Sie sind sowohl im Parteiensystem als auch in der Koalition am schwächsten. Bezüglich der Mischtypen muss zwischen den beiden Machtdimensionen unterschieden werden und letztlich ist schwer zu entscheiden, welcher Typ kleiner Parteien die günstigere Position einnimmt. Bei den Koalitionsverhandlungen sind pivotal/nicht-zentrale Parteien nämlich im Vorteil, da die Verhandlungssituation es einfacher macht, Konzessionen einzufordern, während innerkoalitionär die Gefahr relativ ausgeprägt ist, vom größeren Koalitionspartner dominiert zu werden. Umgekehrt unterliegt eine nicht-pivotal/zentrale Partei schwächerem innerkoalitionärem Anpassungsdruck. Dies ist zum einen auf ihre moderate ideologische Position, zum anderen auf den stärker multilateral geprägten Verhandlungsmodus innerhalb von Vielparteienkoalitionen zurückzuführen. Gleichzeitig dürfte sie jedoch kaum sehr hohe Auszahlungen im Verhandlungsstadium erreichen.

IV. Schlussbetrachtung

Bewertet man die vorgestellte Typologie hinsichtlich ihrer analytischen Tauglichkeit, so erlaubt sie drei grundlegende Vergleichsperspektiven, die ein konzeptuelles Fundament für weiterführende empirische Bearbeitungen liefern. Sie ermöglicht 1) den Vergleich zwischen dem Gewicht kleiner Parteien mit unterschiedlichen Positionen innerhalb eines Parteiensystems, 2) den Vergleich kleiner Parteien innerhalb verschiedener Parteiensysteme und 3) den Vergleich zwischen Verhandlungs- und Koalitionsmacht derselben kleinen Partei. Im vorherigen Kapitel wurden anhand der vorliegenden Typologie zu jeder Dimension Hypothesen formuliert, die hoffentlich Anregungen für weitere Forschungsvorhaben bieten.

Kehren wir nun zum Ausgangsbeispiel unsere konzeptuellen Überlegungen zurück – zur FDP und dann zu den Grünen, also zum deutschen Parteiensystem. Hinsichtlich der langjährigen pivotal/zentralen Stellung der FDP lässt sich die These herleiten, dass auch eine Wechseldrohung, die die Koalitionsmacht pivotal/zentraler Akteure zweifelsohne stärkt, nicht mehr bewirkt, als dass die kleine Partei in dieser Arena die Möglichkeit hat, sich gegen Dominanz eines großen Koalitionspartners vergleichsweise effektiv zur Wehr zu setzen. Die Effektivität einer Wechseldrohung aufrechtzuerhalten kommt einer Gradwanderung gleich, bei der der kleine Partner zwischen zu seltener und zu häufiger Nutzung dieses Instruments schwankt. Festzuhalten bleibt folglich, dass der effektive Transfer von Verhandlungs- in Koalitionsmacht für kleine Akteure, selbst für diejenigen mit den besten strategischen Ausgangsbedingungen, weitaus schwieriger ist als für große. Während große Parteien die Koalitionen, an denen sie teilnehmen, dominieren können, stellt sich für kleine Parteien bereits im Verhandlungsstadium die Frage, ob sie sich behaupten können wird. In der Verhandlungsphase kann ein pivotal/zentraler Akteur zwar durchaus sehr effektiv Konzessionen einfordern. Auch die Relevanz der strategischen Position, die Regierung zu bestimmen, sofern keine Koalitionsvereinbarungen vorliegen, darf nicht unterschätzt werden. Dennoch ändert die mögliche Wahl des großen Partners nichts an dem Problem, sich innerkoalitionär gegen welchen Partner auch immer behaupten zu müssen, vor allem dann wenn das Sitzgefälle zwischen den Koalitionspartnern sehr groß ist. Selbst der Verweis

auf die Arbeitsteiligkeit von Koalitionen bringt hier nicht sehr viel weiter, denn bei zentralen Entscheidungen – gerade bei Koalitionsfragen mit starker Öffentlichkeitswirkung - kann auch der zuständige Fachminister kleiner Parteien nicht Schalten und Walten wie er dies möchte. Die Übermacht des großen Partners kommt zum Tragen. Auch eine pivotal/zentrale Partei kann also lediglich punktuell Koalitionsmacht geltend machen, die sie kurzfristig aus ihrer Defensivposition herauskatapultiert.

Die Ausgangssituation Parteien anderer Charakteristika sieht vergleichsweise noch ungünstiger aus und wurde ausführlich erläutert. So hat der Wahlsieg 2002 die Formationsmacht der Grünen, zuvor nicht-pivotal/nicht-zentral, nun aber in einer pivotalen Stellung, zwar gestärkt. "Mehrheit ist Mehrheit" - nur mit und durch die Grünen. Gleichwohl lässt der entwickelte konzeptuelle Entwurf darauf schließen, dass bezogen auf ihre Koalitionsmacht erneut eine schwache Stellung zu erwarten ist. Dies zeichnete sich bereits sechs Wochen nach der Wahl in Pressemeldungen ab. Nachdem die Grünen den ersten Sachstreit zur Erhöhung der Rentenbeiträge gegen den großen Partner SPD verloren haben, wurde der Zugewinn der Grünen und die Schwächung der SPD in der Wahlnacht als "Mär" titulierte. Der Kanzler wurde als Herr im Hause proklamiert, der regiere, während sich die Grünen an ihren "Pöstchen" festhielten.³² Der obige Beitrag liefert systematische Gründe dafür, auch für den weiteren Verlauf der Legislaturperiode mit der Schwäche der "Kanzlermacher" zu rechnen.

³² Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.11.2002, Nr. 258, S.1.

Literatur

- *Bolleyer, Nicole*, 2001: Minderheitsparlamentarismus- eine akteursorientierte Erweiterung der Parlamentarismus-Präsidentalismus-Typologie, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 11, 1519-46.
- *Bolleyer, Nicole*, 2004: Kleine Parteien zwischen Stimmenmaximierung, Politikgestaltung und Regierungsübernahme am Beispiel Irlands und Dänemarks, im Erscheinen in: Zeitschrift für Parlamentsfragen Heft 1/2004.
- *Browne, Eric C./ Franklin, Mark N.*, 1973: Aspects of Coalition Payoff in European Parliamentary Democracies, in: American Political Science Review 67, 453-69.
- *Browne, Eric C./ Frendreis, John P.*, 1980: Allocating Coalition Payoffs by Conventional Norm. An Assessment of Evidence for Cabinet Coalition Situations, in: American Political Science Review 24, 753-68.
- *Budge, Ian/ Laver, Micheal* (Hrsg.), 1992: Party Policy and Government Coalitions, New York: St. Martin's Press.
- *Budge, Ian/ Robertson, David/ Hearl, Derek* (Hrsg.), 1987: Ideology Strategy and Party Change. Spatial Analyses of Post-War Election Programmes in 19 Democracies, Cambridge: Cambridge UP.
- *Daalder, Hans*, 1983: In the Search of the Centre of European Party Systems, in: American Political Science Review 78, 92-109.
- *Damgaard, Erik* (1994): Dänische Experimente mit der parlamentarischen Regierungsform, in: F. U. Pappi/ H. Schmitt (Hrsg.): *Parteien, Parlamente und Wahlen in Skandinavien*, Frankfurt, New York: Campus, 179-198.
- *Damgaard, Erik*, 1997: Dänemark. Das Leben und Sterben von Koalitionsregierungen, in: Wolfgang C. Müller/ Kaare Strøm: *Koalitionsregierungen in Westeuropa: Bildung, Arbeitsweise und Beendigung*, Wien: Signum, 161-98.
- *De Swaan, Abram*, 1973: Coalition Theories and Cabinet Formations. A Study of Formal Theories of Coalition Formation Applied to Nine European Parliaments after 1918, Amsterdam: Elsevier.
- *Elklit, Jørgen*, 1999: Party Behaviour and the Formation of Minority Coalition Government: Danish Experiences from the 1970s and 1980s, in: Kaare Strøm/ Wolfgang C. Müller (Hrsg.): *Policy, Office or Votes? How Political Parties Make Hard Decisions*, Cambridge: Cambridge UP, 63-88.
- *Farrell, Brian*, 1994: The Political Role of Cabinet Ministers in Ireland, in: Michael Laver/ Kenneth Shepsle (Hrsg.): *Cabinet Ministers and Parliamentary Government*, Cambridge 1994, 73-87.
- *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 06.11.2002, Nr. 258, 1.
- *Green-Pedersen, Christoph*, 2001: Minority Government and Party Politics: The Political and Institutional Background of the "Danish Miracle", in: *Public Policy* 21 (1), 53-70.
- *Hazan, Reuven Y.*, 1996: Presidential Parliamentarism: Direct Popular Election of the Prime Minister, Israel's New Electoral and Political System, in: *Electoral Studies* 15, 21-37.
- *Hazan, Reuven Y.*, 1997: Centre Parties. Polarization and Competition in European Parliamentary Democracies, London: Pinter.
- *Keman, Hans*, 1994: The Search for the Centre. Pivot Parties in West European Party Systems, in: *West European Politics* 17 (4), 124-48.
- *Knudsen, Torben*, 2000: How Informal Can You Be? The Case of Denmark, in: B. G. Peters/ R. A. W. Rhodes/ Vincent Wright (Hrsg.): *Adminstring the Summit. Administration of the Core Executive in Developed Countries*, London: 153-75.
- *Laver, Micheal/ Hunt, William*, 1992: *Policy and Party Competition*, New York: Routledge.
- *Laver, Michael/ Schofield, Norman*, 1986: Bargaining Theory and Portfolio Payoffs in European Coalition Governments 1945-83, in: *British Journal of Political Science* 15, 143-64.

- *Laver, Michael/Shepsle, Kenneth*, 1996: *Making and Breaking Governments*, New York: Cambridge UP.
- *Lijphart, Arend*, 1994: *Electoral Systems and Party Systems, A Study of Twenty-seven Democracies, 1945 – 1990*, Oxford: Oxford UP.
- *Luebbert, Gregory L.*, 1983: *Coalition Theory and Government Formation in Multiparty Democracies*, in: *Comparative Politics* 15, 235-49.
- *Lupia, Arthur/ Strøm, Kaare*, 1995: *Coalition Termination and the Strategic Timing of Parliamentary Elections*, in: *American Political Science Review* 89 (3), 648-65.
- *Mitchell, Paul*, 1997: *Irland. Von Einparteien- zu Koalitionsregierungen*, in: Wolfgang C. Müller/Kaare Strøm (Hrsg.): *Koalitionsregierungen in Westeuropa: Bildung, Arbeitsweise und Beendigung*, Wien, Signum, 161-98.
- *Mitchell, Paul/ Marsh, Michael*, 1999: *Office, Votes, and Then Policy. Hard Choices for Political Parties in the Republic of Ireland, 1981-1992*, in: Wolfgang C. Müller/ Kaare Strøm (Hrsg.): *Policy, Office or Votes? How Political Parties Make Hard Decisions*, Cambridge: Cambridge UP, 36-88.
- *Müller, Wolfgang C./ Strøm, Kaare*, 1997: *Schluss: Koalitionsregierungen und die Praxis des Regierens in Westeuropa*, dies. (Hrsg.): *Koalitionsregierungen in Westeuropa: Bildung, Arbeitsweise und Beendigung*, Wien: Signum, 705-50.
- *Müller-Rommel, Ferdinand*, 1997: *Small Parties in Comparative Perspective. The State of the Art*, in: Ferdinand Müller-Rommel/ Geoffrey Pridham (Hrsg.): *Small Parties in Western Europe. Comparative and National Perspectives*, London: Sage Publications, 1-22.
- *Müller-Rommel, Ferdinand/ Pridham, Geoffrey* (Hrsg.), 1997: *Small Parties in Western Europe. Comparative and National Perspectives*, London: Sage Publications.
- *Panke, Diana*, 2002: *Argumentieren und Verhandeln im europäischen Verhandlungssystem und die Frage nach der Einflussreichweite der Kommission*. <http://www.mzes.uni-mannheim.de/lvs/>.
- *Pedersen, Morgen*, 1983: *The Danish “Working Multiparty System”. Breakdown or Adaption?*, in: Hans Daalder (Hrsg.): *Party Systems in Denmark, Austria, Switzerland, The Netherlands, and Belgium*, London, 1-60.
- *Rémy, Dominique*, 1975: *The Pivotal Party. Definitions and Measurement*, in: *European Journal of Political Research* 3, 293-301.
- *Riker, William*, 1962: *The Theory of Political Coalitions*, New Haven: Yale UP.
- *Roozendaal, Peter, van*, 1990: *Centre Parties and Coalition Cabinet Formation. A Game Theoretical Approach*, in: *European Journal of Political Research* 18, 325-48.
- *Roozendaal, Peter, van*, 1992: *Cabinets in Multi-party Democracies. The Effect of Dominant and Central Parties on Cabinet Composition and Durability*, Amsterdam: Thesis Publ.
- *Sartori, Giovanni*, 1976: *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*, Cambridge, New York: Cambridge UP.
- *Shapley, L.S./ Shubik, Martin*, 1954: *A Method of Evaluating the Distribution of Power in a Committee System*, in: *American Political Science Review* 48 (3), 787-92.
- *Smith, Gordon*, 1997: *The Search of Small Parties: Problems of Definition, Classification and Significance*, in: Ferdinand Mueller-Rommel/ Geoffrey Pridham (Hrsg.): *Small Parties in Western Europe. Comparative and National Perspectives*, London: Sage Publications, 23-40.
- *Strøm, Kaare*, 1990: *Minority Government and Majority Rule*, Cambridge: Cambridge UP.
- *Strøm, Kaare/ Müller, Wolfgang C.*, 1999: *Political Parties and Hard Choices*, in: Wolfgang C. Müller/ Kaare Strøm (Hrsg.): *Policy, Office or Votes? How Political Parties Make Hard Decisions*, Cambridge: Cambridge UP, 1-35.
- *Strøm, Kaare/Swindle, Stephen M.*, 2002: *Strategic Parliamentary Dissolution*, in: *American Political Science Review* 96 (3), 575-91.

- *Warwick, Paul V.*, 1998: Policy Distance and Parliamentary Government, in: *Legislative Studies Quarterly* 23, 319-45.
- *Warwick, Paul, V.*, 2000: Policy Horizons in West European Parliamentary Systems, in: *European Journal of Political Research* 38, 37-61.
- *Warwick, Paul V./ Druckman, James N.*, 2001: Portfolio Salience and the Proportionality of Payoffs in Coalition Governments, in: *British Journal of Political Science* 31, 627-49.
- *Wrong, Dennis H.*, 1988: *Power, Its Form, Basis and Uses*, Oxford: Basil Blackwell.